

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rübstrasse 18a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegen 2 Mark
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **585 000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Das Matfest der Arbeit.

Die Klassenbewusste Arbeiterschaft feiert ihr Matifest wieder unter Umständen, die erweisen, daß seine besondere Bedeutung als Demonstration des Proletariats für den Völkerrfrieden, für die Völkerverbrüderung, für friedliche und geistliche Kulturarbeit, für die Volksbefreiung hervorgehoben wird. Der blutige und grauenvolle Balkankrieg liegt in der Zwischenzeit seit unserer letzten Matifeier 1912, der die unheilvollsten direkten und indirekten Folgen hatte. Die Balkanländer sind verwüstet und verarmt; ein großer Teil der Männerwelt tot oder verkrüppelt, siech und krank; zahlreiche Familien ihrer Ernährer und männlichen Stützen beraubt. Die Pestilenz in allen Lagern der Kriegführenden hat Städte und Dörfer zerstört und die Bevölkerung ausgerottet. Und zu der Vernichtung von materiellen Gütern mit unermesslichem Wert tritt noch die durch den Krieg erzeugte Verrohung und Verwilderung des Volkes, die eine ideelle und kulturelle Schädigung von unberechenbarer Tragweite auf lange Zeit hinaus bedeutet. Und da reihen die Militäristen und Kriegsanhänger vom Kriege als einem „Jungbrunnen“ für die Völker, als einer Kulturtat. Er ist eine Tat zur Vernichtung, aber nicht zur Schöpfung von Kultur. Und da verteidigt ihn auch das Christentum als eine von seinem Schöpfer mitgeschaffene Einrichtung. Demgegenüber hat der Dichter Friedrich Bodenstedt recht, wenn er jenen Leuten mit ihrer barbarischen Anschauung zuruft:

Ihr mögt von Kriegs- und Heldehymn
Soviel und wie ihr wollt verfinden,
Nur schmeigt von eurem Christentum,
Gepreßt aus Konventionen!
Bedürft ihr Proben eures Muts,
So schlägt euch nie die Feiden welland,
Wegzieht festet ihr mögt des Muts,
Nur redet nicht dabei vom Heiland.
Noch gläubig schlägt das Zäunenheer
Die Schlacht zum Ruhme seines Mah,
Wir haben keinen Obin mehr,
Tot sind die Götter der Walhalla.
Seid was ihr wollt, doch gang und frei
Auf dieser Seite wie auf jener;
Verhaft ist mir die Heuchelei
Der kriegerischen Nazarenen.

Der Balkankrieg hat den geschichtlich bedeutsamen und einbruchsreichen internationalen Friedenskongreß in Basel zur Folge gehabt, der die Beendigung des blutigen Krieges und die Verhinderung seiner Ausdehnung auf das übrige Europa zum Zwecke hatte und an dem auch viele Kreise der bürgerlichen Welt lebhaft Anteil nahmen und dessen Bestrebungen sie allen Erfolg wünschten. Die gegen den barbarischen Völkerrkrieg gerichtete Resolution des Baseler Friedenskongresses wendet sich „an euch Proletarier und Sozialisten aller Länder, daß ihr in dieser entscheidenden Stunde eure Stimme vernahmen laßt! Verkündet euren Willen in allen Formen und in allen Orten! Erhebt euren Protest mit voller Wucht in den Parlamenten! Vereint euch in Massen zu großen Kundgebungen! Nützt die Mittel aus, die euch die Organisation und die Stärke des Proletariats in die Hand geben! Sorget dafür, daß die Regierungen beständig den wachsamem und leidenschaftlichen Friedenswillen des Proletariats vor Augen haben! Stellt so der kapitalistischen Welt der Ausbeutung und des Massenmordes die proletarische Welt des Friedens und der Verbrüderung entgegen!“

Diese Resolution fand überall bei der organisierten Arbeiterschaft ein ernstes und starkes Echo und man darf behaupten, daß dem Baseler Friedenskongreß ein großes Verdienst an der Erhaltung des Friedens im übrigen Europa zukommt.

Da wir diese Zeilen schreiben, scheint der Balkankrieg endlich am Schlusse angelangt zu sein und der so notwendige Friede wieder einzuführen. Aber der Balkankrieg hat dem übrigen Europa eine böse Bescherung gebracht: die weitere ungeheuerliche Vermehrung des stehenden Heeres in Deutschland um 136000 Mann sowie die Vermehrung der Militärlasten um 1 1/2 Milliarden Mark; die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit nebst einer Steigerung der Militärausgaben um eine halbe Milliarde Franken in Frankreich. Und dieser, die Völker erdrückende, die Kulturentwicklung hemmende Rüstungswahnsinn pflanzt sich fort von Land zu Land als eine stete Bedrohung des Friedens, als eine permanente Kriegsgefahr. Leider ist die Arbeiterschaft noch nicht der politische Machtfaktor geworden, der diesem barbarischen, die Volkswirtschaft schwer schädigenden Gebaren der herrschenden und beherrschten Klassen ein donnerndes und aufhaltendes „Bis hierher und nicht weiter!“ zuzurufen vermöchte. Wer in der Bekämpfung und Unterdrückung des fanatischen, zum Kriege treibenden und den Rüstungswahnsinn verschärfenden Nationalismus soll uns unsere Matifeier wieder einen Schritt vorwärts bringen, indem wir an seine Stelle die internationale Solidarität des Proletariats, seine Verbindung und Verbrüderung legen.

Die Wohlfahrt der Arbeiter kann nur im Frieden gedeihen, nur da kann sie ihr Programm für organisierte Selbsthilfe und soziale Staatshilfe, für Freiheit und Demokratie durchführen. Der blutige Völkerr- und Massenmord ist auch der Tod jedes sozialen Fortschritts, ist das Ende Zehntausender und Hunderttausender von Proletariern, deren Ideal und Ziel nicht ist, sich gegenseitig auf Kommando der Beherrschenden und Herrschen-

den Klassen die Schädel einzuschlagen, was diese vielmehr, wie in obigem Zitat Bodenstedt ihnen zuruft, untereinander selbst tun mögen, wenn sie an diesem Mord schon einmal Gefallen finden. Nur in Friedenszeiten kann auch das schöne sozialpolitische Programm durchgeführt werden, das der internationale Pariser Sozialistenkongreß von 1889 aufgestellt hat, welches lautet:

1. Eine wirksame Arbeiterschutzgesetzgebung ist in allen Ländern, welche von der kapitalistischen Produktionsweise beherrscht werden, absolut notwendig. Als Grundlage für diese Gesetzgebung fordert der Kongreß:
 - a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Arbeitstages für jugendliche Arbeiter;
 - b) Verbot der Arbeit der Kinder unter 14 Jahren und Herabsetzung des Arbeitstages auf sechs Stunden für beide Geschlechter;
 - c) Verbot der Nachtarbeit, außer für bestimmte Industriezweige, deren Natur einen ununterbrochenen Betrieb erfordert;
 - d) Verbot der Frauenarbeit in allen Industriezweigen, deren Betriebsweise besonders schädlich auf den Organismus der Frau einwirkt;
 - e) Verbot der Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren;
 - f) Ununterbrochene Ruhepause von wenigstens 36 Stunden die Woche für alle Arbeiter;
 - g) Verbot derjenigen Industriezweige und Betriebsweisen, deren Gesundheitsgefährlichkeit für die Arbeiter vorauszusehen ist;
 - h) Verbot des Zwangskontakts;
 - i) Verbot der Lohnzahlung in Lebensmitteln, sowie der Unternehmerkrediten (Kontinente);
 - k) Verbot der Zwangsunternehmer (Schwindsystem);
 - l) Verbot der privaten Arbeitsnachweiskontoren;
 - m) Ueberwachung aller Werkstätten und industriellen Stablfabrikanten mit Einschluß der Hausindustrie durch vom Staat besoldete und mindestens zur Hälfte von den Arbeitern gewählte Fabrikinspektoren.

Der Kongreß erklärt, daß alle diese zur Gesundung der sozialen Verhältnisse notwendigen Maßregeln zum Gegenstand internationaler Gesetze und Verträge zu machen sind und fordert die Proletarier aller Länder auf, in diesem Sinne auf die Regierungen zu wirken.

Der Kongreß erklärt weiter, daß es die Pflicht der Arbeiter ist, die Arbeiterinnen als gleichberechtigt in ihre Reihen aufzunehmen, und fordert prinzipiell: gleiche Löhne für gleiche Arbeit für die Arbeiter beider Geschlechter und ohne Unterschied der Nationalität.

Um die vollständige Emanzipation des Proletariats zu erreichen, hält es der Kongreß für durchaus notwendig, daß die Arbeiter überall sich organisieren und fordern insoweit das uneingeschränkte, vollkommen freie Vereins- und Koalitionsrecht.

2. Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewaltent die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung von dem Amerikanischen Arbeiterbund auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.

In den seither verfloßenen 24 Jahren ist der Anfang zur Verwirklichung aller dieser Programmpunkte gemacht worden; das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen ist seit 1906 sogar durch internationale Verträge geregelt und das gleiche Verbot für die Jugendlichen hat der schweizerische Bundesrat bei dem europäischen Regierungsrat beantragt und zu seinem Erlaß soll ein internationaler Arbeiterschutzkongreß in Bern abgehalten werden.

Auch den an der Spitze des Pariser Arbeiterschutzprogramms stehenden Achtstundentag, die bedeutendste Forderung, haben schon Hunderttausende von Arbeitern, allerdings nicht in gesetzlicher Form — abgesehen von Amerika und Australien —, sondern meistens in Form von Tarifverträgen vereinbart oder, wie zum Beispiel in Gasanstalten, als Achtstundenschicht in die Arbeitsordnung aufgenommen. Die achtstündige Arbeitszeit hat sich bereits in so großartigem Maße in der Praxis bewährt, daß man gar nicht mehr nötig haben sollte, sie theoretisch zu begründen und zu verteidigen. Die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer hochentwickelten Technik und der wunderbaren Produktivität der Arbeit ist vollständig reif für die achtstündige Arbeitszeit für die gesamte Arbeiterschaft, und gegenüber den Unternehmern, die sich mehr denn je der weiteren Arbeitszeitverlängerung auf 9 1/2, 9, 8 1/2 und 8 Stunden entgegenstemmen, gelten die gewichtigen Worte des edlen Abbe:

„Wenn das Festhalten an der langen Arbeitszeit seitens unserer bürgerlichen Kreise bisher Unverstand und Torheit gewesen ist, so wird das weitere Festhalten für die Zukunft Frevel zu nennen sein!“

Als Mittel zur Durchführung des Arbeiterschutzprogramms und zur Erreichung der vollständigen Emanzipation empfiehlt die Resolution des internationalen Pariser Sozialistenkongresses dem Proletariat die Organisation, die gewerkschaftliche und politische Vereinigung, die seit 1889 ebenfalls in allen Ländern, vorab in Deutschland, großartige Fortschritte gemacht und sich erfolgreich

in der Verwirklichung des Programms betätigt hat. Das verfloßene Vierteljahrhundert war eine Zeit gewaltiger Agitations- und Organisationsarbeit und gewaltiger Kämpfe, aber auch bedeutender Fortschritte und Erfolge. Und so soll es auch fernerhin gehalten werden. Es darf keinen Stillstand und keinen Rückschritt, kein Abwärts- und kein Rückwärts, sondern nur ein Vorwärts und Aufwärts, ein stetes Weitergehen geben, damit es gut wird für alle.

Das soll unser Gelübnis am 1. Mai, am Festtag der Arbeit sein, der uns daher auch neue Scharen noch unorganisierter Metallarbeiter zuführen sollte. Diesen Schläfern soll am 1. Mai der Weck- und Sammelruf in die Ohren schallen:

Verein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

Internationalität des Kapitalismus.

Wenn die in der sozialdemokratischen Partei politisch organisierte deutsche Arbeiterschaft gegen den Wehrdienstwahnwitz protestiert, so wird sie von den Nutznießern des Kapitalismus und deren Solbschreibern beschimpft als „vaterlandslos“ und dergleichen. Die Unternehmer dagegen, das seien die wahren Patrioten, die auch „Opfer bringen“ wollten, um ihr Vaterland nicht wehrlos zu machen.“ Daß die parlamentarischen Vertreter der bestehenden Klasse es bisher verstanden haben, die Opfer aus den Taschen der Masse der Besitzlosen zu bewilligen, aber jede Steuer abzuwehren, die dem Ueberflusse der Besitzenden ernstlich nahetritt, sei hier nur nebenbei erwähnt. Aber auch sonst geschieht noch manches, was den Patriotismus der Besitzenden in eigenlichem Maße erschüttern läßt. Wir erinnern zum Beispiel an die Firmen De Wendel, Höpfling, Haper Eisen- und Stahlwerke, Höpfling, Stinnes, Thyssen, Stumm. Diese Firmen werden durch Leute vertreten, die zum Teil schon in recht lärmender Weise ihre „deutsche Vaterlandsliebe“ zur Schau getragen und nicht gehindert haben, daß die ihnen nahestehende Presse gegen den „Erbschind jenseits der Vogesen“ (Schwarzmaacher) verurteilt. Aber alle diese Firmen haben sich in der letzten Zeit in Frankreich, die Firma De Wendel außerdem noch in Belgien und Luxemburg. Wir verweisen hier noch besonders auf den erst vor kurzem, in unseren Nr. 8 und 9, gedruckten Artikel „Die deutsche Großindustrie in Frankreich“. In diesem Artikel wird aufs neue darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft der Bergwerks- und Hüttenwerke, also eine deutsche Firma, auch zu St. Pierremont in Frankreich Betriebe hat und dort Unternehmerröhmlichkeit betreibt, wie wir sie in Deutschland kennen gelernt haben. Dabei unterstützt sie zur Festlegung der Arbeiter an ihre Betriebe unter anderem auch einen Fabrikführerverein und einen Verein für militärische Vorbereitung. Wenn es nach dem Willen der Nordpatrioten diesseits und jenseits der Vogesen geht, so werden diese mit dem Gelbes eines deutschen Unternehmers unterstützten französischen Arbeiter eines Tages ihre Klinten auf Deutsche abschließen. Für solche Bestrebungen Geld herzugeben, das tut anscheinend dem Patriotismus keinen Abbruch, dagegen gilt das Bestreben, politische Verhältnisse herbeizuführen, die solche haarsträubenden Unnatürlichkeiten unmöglich machen, als „unpatriotisch“, als „vaterlandslos“, und die Träger solcher Bestrebungen hat man schon bezeichnet als „eine Kotte von Menschen, die nicht wert ist, den Namen Deutscher zu tragen“. Herr Generaldirektor Kirdorf, der Leiter der Gesellschaft, sowie seine Kollegen in der Direktion sind es aber anscheinend immer noch wert.

Wetter mußte der Vorwärts in seiner Nr. 87 vom 13. April verchiedenes über die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrikations-Gesellschaft zu berichten. Diese Gesellschaft verteilt riesige Dividenden und ihre Aktien stehen gewaltig hoch im Kurs. Sie ist beteiligt an der Waffenfabrik Mauser, den Dürener Metallwerken, der Metallgesellschaft zu Brescia (Italien), der Nationalfabrik für Kriegswaffen in Seraal (Belgien), einer Kugelfabrik in Paris. Alle diese Unternehmungen werfen fettes Geld ab. Wetter gehören die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrikation zum sogenannten Loewe-Konzern. Ludwig Loewe betrieb in Martinkensfeld eine Waffenfabrik, verkaufte sie aber 1896 an die Deutsche Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, die dann den Namen Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik annahm. Die Firma Loewe ist aber noch weiter beteiligt an verschiedenen anderen Unternehmungen, so auch an der Böhm. Kottwiler Pulverfabrik, die wiederum Aktien von russischen, englischen und spanischen Sprengstoffabriken besitzt. Die Sprengstoffabriken wiederum bilden eine besondere Organisation, in der die englische Gesellschaft The Nobel Dynamite Trust Company in London die Führung hat. In dieser Firma arbeiten vornehmlich deutsches und englisches Kapital. Es sollte uns nicht wundern, wenn seine Besitzer in England zu den Finjos und in Deutschland zu den Albeutischen gehören.

Das Interesse an der Internationalität des Kapitals ist von neuem geweckt worden durch die Rede, die Genosse Sabelum am 10. April über die Dedungsborlagen zu den bevorstehenden neuen Militärlosten hielt. Sabelum wies unter anderem auch darauf hin, daß an der Dillinger Hütte, die den größten Teil der für Deutschland bestimmten Panzerplatten liefert, französische Kapitalisten so hervorragend beteiligt sind, daß sogar in der Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft französisch gesprochen wird. Das Berliner Tageblatt weist in seiner Nr. 182 vom 11. April auf das „Fährbuch der Millionäre in der Provinz Schlesien“ von Regierungsrat Martin hin. In diesem Buche steht folgendes:

Ein Teil der Aktien der Dillinger Werke A.-G., die gegenwärtig unser größtes Panzerplattenwerk sind, ist in französische Hände. Die Geschäftsprache in der Generalversammlung ist die französische oder war es bis vor wenig Jahren. Mehrere Franzosen sitzen im Aufsichtsrat, bedienen ungeheurer Geld an der deutschen Panzerplattenfabrikation, an der Verteidigung von Mexiko und Straßburg, an der Vergrößerung der deutschen Flotte, an der deutschen Küstenbefestigung und erhalten gewissen Einfluß in unsere Landesverteidigung. Es sind dies die französischen Herren René de Sobet in Paris und Eugen IV. Comte de Waldner-Freundstein, vormals französischer Botschaftssekretär und französischer Leutnant der Reserve, dessen Sohn Eduard französischer Leutnant der Reserve des 10. Regiments Jäger zu Pferde ist, Chateau de Lohy, Département Alier, und in Paris.

In der deutschen Kadavertypenpresse ist es merkwürdig stille geworden nach diesen Enthüllungen, in derselben Presse, die gleich voll Enttäuschung losbricht, wenn die organisierte Arbeiterklasse ihrer Friedensliebe Ausdruck gibt. Es mag ja sein, daß ein Teil dieser Presse sich ehrlich dieses Zustandes schämt. Darf man sich aber wundern, wenn der eine oder der andere auf den Gedanken kommt, es möchten noch andere Einflüsse gewirkt haben, um mindestens einem Teil dieser Presse den großen Mund zu stopfen?

Interessant ist auch eine Zusammenstellung, die die Bergarbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 15 bringt. Sie enthält die Namen von 80 ausländischen Kapitalisten, die soweit an deutschen Unternehmungen beteiligt sind, daß sie in der deutschen Bergwerks-, Güttens- und Maschinenindustrie oder in den für diese vornehmlich in Betracht kommenden Banken als Aufsichtsräte, Verwaltungsausschussmitglieder und dergleichen fungieren. Es sind folgende:

- A. Kringsen, Antwerpen; Baron Alfred Ancion, Lüttich; Maurice Anshand, Brüssel; Charles Baizer, Brüssel; van Beuningen, Utrecht; A. W. Blichof, Brüssel; Ed. Bitter, London; J. Bonnardel, Paris; Louis Brüll, Rotterdam; A. Buchler, Antwerpen; Jean Buffet, Nancy; Jules Carlier, Mons; Ed. de Cathe, Paris; Henri Chandelon, Lüttich; E. Delloye-Doban, Brüssel; E. Deloye-Fils, Brüssel; Paul Dietrich, Brüssel; G. Dufur, Brüssel; P. Elmendorff, London; G. Endemann, Luzern; G. Fabri, Brüssel; van Fentener, Utrecht; Feilchenfeld, Wien; G. Fischer, Antwerpen; R. Fleming, London; R. F. Heim, Utrecht; E. Segener, Brüssel; H. von Haas, Konstantinopel; Etienne Hech de Duffel, Paris; Flor Gerbel, Antwerpen; Dr. Walter Gihb, Crigglestone (England); Paul von Hongardt-Braconier, Lüttich; Hofmann-Laroché, Wien; Frederic Maria Josef Jatoos, Antwerpen; J. Jolas, London; E. Karbe, London; J. Kaulz, Brüssel; J. Keller, Paris; A. Ritter von Kerpely, Wien; W. Kastranek, Wien; Adolf Kroll, Augsburg; Richard Kuhlmann, London; Ad. Laloux, Lüttich; A. Lambert, Brüssel; G. de Labeque, Brüssel; M. Lecoq, Brüssel; Leon de Longue, Namur; Viktor Simon, Berviers; Otto Lürmann, Antwerpen; Maurice Mager, Namur; Ed. Majureur, Brüssel; Gellor Monnom, Brüssel; Ad. de Monpland, Paris; Joh. de Montpellier, Annabote; Leon Nauwelaers, Antwerpen; Alfons Neef-Orban, Brüssel; Arn. Ophoven, Lüttich; G. Le Paben, Translaw (Belgien); Heinrich Pelzer, Brüssel; Baron A. de Pitteurs-Stiergarts, Brüssel; Moritz Pelot-Damarche, Lüttich; H. Rapp, London; Henri Regnier-Duch, Lüttich; Joh. Ribard, Luxemburg; O. Roefe, London; Rudolf Seidel, Eich a. d. Aisette in Luxemburg; Emilie Semais, Luxemburg; Vicomte Alfred Simons, Berviers; Graf Raaf von der Straeten-Porzoy, Brüssel; E. Tjys, Antwerpen; Antoine Vanderborgh, Graubühne; Ad. de Van, Yser; G. Bahrendorf, London; Baron de Waterville, Paris; Witt. Weil, Brüssel; Ed. Wiener, Brüssel; Sam. Wiener, Brüssel; J. Winkelmanna, London; Paul Würth, Luxemburg; J. Würth-Weiler, Luxemburg.

Dabei ist dies nur ein kleiner Teil der ausländischen Kapitalisten, die sich bemühen, den Schweiß deutscher Arbeiter in deutsche Marktdörner umgewandelt einzupreimen; wie viele außerdem noch als Aktionäre in Frage kommen, entzieht sich völlig der Kenntnis. Ferner sind vorliegende Namen aus Westeuropa genannt worden. Wer weiß, wie viele russische Kapitalisten außerdem noch auf dieselbe Weise in Deutschland Geld untergebracht haben und dadurch unter anderem auch von dem paupersistischen Pöbel profitieren, den der Reichsminister bei der Begründung der Wehrvorlage angerichtet hat. All diese Leute wahren in ihren „Waldläudern“ natürlich den eifrigen Patrioten, schimpfen möglicherweise gelegentlich einmal mörderisch auf die Deutschen. Der Kapitalismus ist international verstreut und doch gebietet er sich je nach dem Lande, wo er sich befindet, „patriotisch“, bald deutsch, bald französisch, bald russisch, bald ja, bald ja, wie's trifft. Allerdings kann es dem deutschen Arbeiter schimpfen sein, ob das zu seiner Ausbeutung verwandte Kapital deutschen, französischen, englischen, russischen oder österrischen Ursprungs ist. Widerlich wirkt aber das Gehe der Geschäftspatrioten über die Befreiungen der organisierten Arbeiterklasse, solche unnatürlichen Zustände zu heiligen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Geräume Zeit bereits charakterisiert sich die Lage der Eisenindustrie dadurch, daß die vorhandenen Auftragsbestände eine reichliche Beschäftigung sicherten, aber neue Bestellungen immer langsamer und spärlicher eingingen. Auf den Exportmärkten führte nun das Bestreben, Lieferungen für spätere Zeiten zu bekommen, zu Preisrückgängen, und zwar bei den Produkten, die nicht der Preisbestimmung der großen Syndikate unterliegen. In schneller Folge sanken die belgischen Exportnotierungen, später schlossen sich ihnen auch die deutschen Inlandsnotierungen an. Belgische Exportpreise gelten gemeinhin als guter Gradmesser der internationalen Situation, denn die Eisen- und Stahlindustrie Belgiens ist für drei Viertel ihrer gesamten Erzeugung auf den Absatz im Auslande angewiesen. Eigentlich müßte die Erwartung des belgischen Generalstreiks, dessen längere Andauer eine erhebliche Einschränkung der montan-industriellen Produktion nach sich ziehen würde, preisfördernd wirken. Daß diese Wirkung, die sich auf dem Rohmaterialmarkt einstellte, zunächst ausblieb, beweist eine starke Verschärfung des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt. Von den belgischen Eisenwerken sind die Reduktionen der Exportpreise denn auch wiederholt mit billigeren Angeboten der deutschen Konkurrenz motiviert worden. Wie schon erwähnt, gaben auch die deutschen Exportpreise nach, an der düsternen Produktensituation stellten sich am 1. April die Preise bis um 3 % für die Löhne niedriger. Zum mehren Teil auch die Meldungen von Preisunterbietungen der großen heimischen Werke in Rheinland-Westfalen, es wurden in den letzten Tagen Preise von 114 bis 115 % für die Löhne Stabeisen gefordert, während anfangs dieses Jahres die Preise sich auf 124 % stellten. Auch die ermäßigten Preise gewähren eine sehr beträchtliche Rentabilität bei ausreichender Beschäftigung, doch die Tatsache der Ermäßigung beweist, daß die Lage augenblicklich kritisch ist. Entscheidend ist, ob nach der Etablierung eines bulgarisch-russischen Friedens die Kaufkraft stärker hervortritt, geschieht das nicht, dann ist der Weg zu einer Konjunkturabwärtigung vorhanden.

Daß in den letzten Wochen eine große Zurückhaltung für neue Aufträge geherrscht hat und nur kleine Aufträge, die nur zur Deckung des dringenden Bedarfs dienen konnten, eingelaufen sind, bezeugt die in der Generalversammlung der Eisenröhren-Verwertungsgesellschaft auch der Generaldirektor Kirdorf. Dabei lasse sich nicht verkennen, meinte er, daß nur die Lage der Politik und des Geldmarktes den ungewissen Bedarfs vorzeichnet. Seine persönliche Ansicht — und er neige eher dazu, die Dinge zu ungünstig, als etwa zu rosig zu betrachten — gehe dahin, daß, wenn die Politik wieder im Zeichen der Vernichtung stehe und wenn der Geldstand wieder flüssiger wird, der ungewissen Bedarfs sich doch wieder zeigen werde. Für das laufende Halbjahr sind die Werke von Eisenröhren vollständig beschäftigt, und zwar für die Artikel, auf die die neuen Aufträge augenblicklich langsamer einlaufen, und zu durchaus befriedigenden Preisen.

Am nächsten wird von der Abwärtigung des Eisenmarktes die österreichische Eisenindustrie betroffen, die österreichischen Eisenwerke sind nach Meldungen der Handelspresse bereits genötigt, Preisrückgaben einzulegen. Bloß in Hochofen wird zur Deckung des großen Rohisenbedarfs mit vollem Betrieb gearbeitet. Ungünstiger lauten die Berichte auch von den englischen Eisenwerken, während im britischen Schiffbau Rekordzahlen zu verzeichnen sind. Die von Lloyd Register für das erste Vierteljahr 1913 veröffentlichte Statistik ergibt, daß, ohne Kriegsschiffe, 563 Schiffe mit 2 063 694 Statuten tonnen am 31. März in Großbritannien im Bau waren. Die Tonnage ist um ungefähr 94 000 Tonnen größer als Ende des letzten Quartals von 1912 und übertrifft die im März vorigen Jahres ausgemessene um circa 377 000 Tonnen.

Unter den deutschen Schiffswerken haben die Howaldtswerke, wie wir mitteilen, mit Willkürerlösen für 1912 abgeschlossen. Daß in dem Unternehmen schwere Rückschläge vorzuliegen sein müssen, haben wir gleichfalls schon herab. Ganz unmöglich ist der Versuch der Verwirklichung, die Ausfälle im wesentlichen auf höhere Rohmaterialpreise und Erhöhung der Löhne zurückzuführen. Für die zahlreichen Verhältnisse bei den Howaldtswerken tragen andere Ursachen die Schuld. Von der Kölnischen Volks-Zeitung wird nachgewiesen, daß die Brown Boveri Gruppe auf Grund einer Aktienmajorität einen Einfluß auf die innere Verwaltung der Howaldtswerke ausübt, der dem Unternehmen nicht zum Vorteil gereichte. Es ist bekannt, daß vor etwa vier Jahren die der Gruppe Brown Boveri gehörige Turbina, Deutsche Parions-Marine-A.-G. in Berlin, 3 Millionen Mark Vor-

zugsaktien der Howaldtswerke unter der Bedingung übernahm, daß die Turbina-Gesellschaft als alleinige Lieferantin für Schiffsturbinen in Betracht komme. Die Turbina-Gesellschaft wollte auf diesem Wege ihrem Turbinen-Einkauf den deutschen Kriegsmarine verschaffen. Da die von der Turbina übernommenen 3 Millionen Mark Vorzugsaktien doppelt so hoch waren, so war sie in der Lage, entscheidenden Einfluß bei der Gesellschaft dahin auszuüben, die technische wie die kaufmännische Leitung der Howaldtswerke maßgebend in ihrem Interesse zu beeinflussen. Nur so ist die sonst ganz unfassbare Handlungsweise der Gesellschaft erklärlich, Aufträge auf Kriegsturbinen zu übernehmen, bei denen von vornherein feststand, daß sie für die Werft Verluste brachten. Bei der Übernahme dieser Aufträge spielte eben der Wunsch der Turbina-Gesellschaft die Hauptrolle, für ihr Parions-Turbinensystem Verwendung zu finden. Solange natürlich verschiedene Interessen bei einem Unternehmen zur Geltung gebracht werden sollen, kann auch keine Rentabilität erzielt werden, und es wird Aufgabe der Sanierung sein, zunächst hier Wandel zu schaffen.

Wie die kartellierte Großindustrie ihre Erträge über das offene erkennbare Maß hinaus erhebt, zeigen von neuem die Enthüllungen des Wortart über den geheimen Marine-Verständnisvertrag des Vorkriegsjahrs. Die an diesem Kongress beteiligten Werke haben, wenn eine Werft sich an eines oder mehrere der beteiligten Unternehmen mit der Anfrage wendet, ob, wann und zu welchem Preise sie die gewünschten Materialen liefern können, einen sogenannten Auftragszettel auszufüllen und diesen nach Dortmund zu schicken. In Dortmund befindet sich die Zentralfelle des geheimen Marine-Verständnisvertrages, dessen Leiter G. Uthel, früher einer der Direktoren der Union (Eisen- und Stahlwerke) in Dortmund, ist. Von der Geschäftsstelle in Dortmund werden dann die betreffenden Werke unterrichtet, welche Meldungen eingegangen sind, und diese Werke können nun direkt oder über die Geschäftsstelle miteinander verhandeln, wie sie ihre Offerten gestalten und welche Preisforderungen sie stellen wollen. Ist eine Verständigung erzielt, so reichen die betreffenden Werke ihre Offerten bei der Werft ein, und zugleich senden sie eine „Offertmeldung“ nach Dortmund, auf der die Größe und der Preis der Offerte genau angegeben wird. Erhält das eine der beteiligten Werke den Auftrag, so wird ein dritter Meldezettel mit genauer Angabe der erhaltenen Bestellung an den Direktor Uthel in Dortmund geschickt, damit dieser die konkurrierenden Werke informieren kann. Kommen die bestellten Schiffbaumaterialien zum Versand, so schickt wiederum das betreffende Werk eine Meldung mit Fakturenkopie an die Dortmunder Geschäftsstelle. Angehängt ist solcher Meldung ein Abrechnungsformular, das von der Geschäftsstelle ausgefüllt, gebucht und zur Kontrolle zurückgegeben wird. Von dem Nettobetrag, den die erhaltene Bestellung ausmacht, müssen dann 10 Prozent an den Verständigungs-Kongress gezahlt werden. Davon wird ein Zehntel zur Deckung der Unkosten abgezogen. Die übrigen neun Zehntel kommen zur Verteilung an die anderen konkurrierenden Werke, die leer ausgegangen sind.

Um sich gegen derartige Ausplünderungen zu schützen, fehlt es den Staatsverwaltungen an Mitteln nicht, es bedarf nur des Hinweises auf ein Urteil des Reichsgerichts, in dem es ausgesprochen, daß Vereinbarungen, die zwischen Konkurrenten aus Anlaß ihrer Beteiligung an einer Ausschreibung abgeschlossen werden, dann gegen die guten Sitten verstoßen, wenn der Zweck der Vereinbarung auf Ausschreibung des die Ausschreibung veranlassenden Unternehmers gerichtet ist. Auf die Rückzahlung der Summen, die dem Geheimartikel aus den Abgaben der einzelnen Werke zufließen, nachdem die Offerten strikt worden wären, hätten die Abnehmer danach einen Rückzahlungsanspruch. Mit Sicherheit ist damit zu rechnen, daß noch mehrere solche Geheimartikel bestehen. Vor einigen Monaten machten wir auf Mitteilungen aufmerksam, nach denen Unternehmungen, die horehmlich mit Staatslieferungen beschäftigt sind, einen engeren Zusammenschluß planten, um eine Steigerung der Preise herbeizuführen. Es wäre Aufgabe der Regierungen, über die Geheimverbindungen der Staatslieferanten sofort eingehende Untersuchungen anzustellen, das Entsprechen der Aufgabe und der Würde des Staates mehr, als die Schikanierung von Arbeiterorganisationen und die Drangsalierung von Bürgern, die das Recht beanspruchen, ihre Zugehörigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Organisationen sich nicht von irgend einer Behörde vorzeichnen zu lassen.

Wie ganz grundlos das Kapital oft über unzureichende Preise klagt, zeigt auch der Geschäftsbericht der Telegraphenwerke C. Lorenz, A.-G. Nach Abschreibungen von 254 420 M. (im Vorjahr 227 337 M.) wird ein Ueberschuß von 394 253 M. ausge-

Die Internationale Baufach-Ausstellung zu Leipzig.

Das Jahr 1913 wird für Deutschland ein Jahr patriotischer Aufregung werden, in Leipzig aber will man den Patriotismus ganz besonders Opfer bringen. Die Hundertjahrfeier des großen Vaterlandens bei Leipzig soll gleichzeitig Gelegenheit bieten, eine Reihe patriotischer Feste zu veranstalten und selbst unpatristische Ereignisse mit patriotischer Würde zu überziehen.

De ist am 18. Oktober die Einweihung des Salkers-Glasdenkmals geplant, genau 13 Jahre nach der Grundsteinlegung. Das wird sich natürlich zu einem hochpatriotischen Akt gestalten, wenn auch alle die, deren Gedächtnis hierzu verwendet worden sind, in Vergessenheit geraten werden. Aus dem allgemeinen Sinnestitel sind nämlich, gegen den Willen einer beträchtlichen Anzahl Einzelgänger, ganz erhebliche Mittel für dieses Denkmal angewendet worden. Eine Million ungefähr ist das Gelände wert, das die Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt hat, 10 000 M. betrug bisher der jährliche pächterliche Beitrag zur Verpflegung des Denkmals. Für Straßen, Schleusen und Kanalanlagen, die später freilich auch ohne das Denkmal, aber dann sehr wesentlich billiger angelegt werden können, sind jetzt reichlich über eine halbe Million Mark von der Stadt angewendet worden. Und man kann nicht sagen, daß das die einzigen und letzten Opfer der Stadt seien.

Im Juli wird in Leipzig das 12. hundertjährige Jubiläum eines großen Bauers abgehalten. Man hat dieses Jubiläum ebenfalls mit den patriotischen Ereignissen des Jahres 1913 in Verbindung gebracht. Die Leipziger Straßengüter werden für diese Gelegenheit geringe Opfer bringen. Die Stadt liefert einen Festbeitrag von 50 000 M., ferner eine Ehrenbürgerliste von weiteren 50 000 M. und werden außerdem noch 70 000 M. für Straßen- und Platzverbreiterungen auf.

Dann wird es großer Flugplatz mit einer riesigen Aufsichtshalle errichtet werden, wobei es ohne das übliche patriotische Gedränge über nicht eingeht wird. Der Stadt liefert das benötigte Material der ungarischen Regierung eines 200 Meter großen Platzes 150 000 M. für Verpflegung und Einweihung des Platzes, 30 000 M. Einweihung an die ehemalige Pächter des Platzes und 20 000 M. jährliche Beitrag an die Flugplatz-Verwaltung.

Der neue Leipziger Hauptbahnhof hat sich zwar nicht durch die patriotischen Ereignisse des Jahres in Verbindung bringen, er hat sich aber eine patriotische Würde in seinem

Samptitel ist er schon im vorigen Jahre dem Betriebe übergeben worden und er wird in seiner Gesamtanlage erst in einigen Jahren fertig. Aber dennoch steht seine Eröffnung indirekt mit den diesjährigen bedeutenden Ereignissen in Verbindung, weil erst dadurch die Gedächtnisfeier geschaffen ist, daß, wie der Leipziger Oberbürgermeister in seiner Rede sagte, die Bahnhofsanlagen dem Vorkriegsbedarf bei den diesjährigen Veranstaltungen genügen sein werden. Hoffentlich ist es mit den Unternehmungen ähnlich so. Denn daß der Zustand der Freunde nach Leipzig in diesem Jahre ein ganz gewaltiger sein wird, darüber besteht nicht der geringste Zweifel.

In den genannten Veranstaltungen kommt nun noch die Internationale Ausstellung für Bau- und Wohnungswesen mit Sonderausstellungen. Man hofft natürlich auf eine große Teilnehmerzahl. Aber auch die Zahl der aus Anlaß dieser Ausstellung in Anspruch genommenen Kongresse ist enorm. Und solche Ereignisse machen verhängnisvolle Begründungen, Beschränkungen, Einschränkungen der Stadt und sonstige Veranlassungen nötig, die den Leuten den Stadtbürgermeister Ruhe und Kosten der Stadt viel Geld. Dazu kommt, daß im Jahre 1914 eine Internationale Ausstellung für Angewandte Kunst und Gewerbe in Leipzig stattfinden wird und daß diese und andere wiederholen werden. Zur Veranschaulichung haben deshalb die pächterlichen Körperschaften einen besonderen Stadtbürgermeister gebildet, der über Art und Umfang der einzelnen Festlichkeiten und über die hierfür nötigen Gelder Bescheid zu treffen hat. Zur Förderung der Kongresse und sonstigen Veranstaltungen ist von dem Stadtbürgermeister ein Berechnungsbuch von 100 000 M. und außerdem die Summe von 75 000 M. zur Verfügung einer Festkommission bewilligt worden.

Daß die Internationale Baufach-Ausstellung als patriotische Veranstaltung gelten kann, wird sich nicht bestreiten lassen, auch nicht aus dem Grunde, daß sie im Jahre 1913 in Leipzig zwischen einer Reihe patriotischer Veranstaltungen stattfindet. Rein äußerlich freilich werden unsere Patrioten Gelegenheit genug finden, auch auf der Ausstellung ihre patriotische Begeisterung zum Ausdruck zu bringen. Bisher war die Ausstellungslage aber lang genug, sich nicht vom patriotischen Lärm fortziehen, sondern von anderen geschäftsmäßigen Ereignissen leiten zu lassen. Die Schwierigkeit der Vorbereitung und Durchführung des Platzes, die große Verantwortung für die letzten Beschlüsse und das Wissen einer solchen rein wirtschaftlichen Veranstaltung herüber zu weisen kann keine bringen, daß geschäftsmäßige Erwägungen und die Hoffnung auf ein Gelingen der Ausstellung und auf praktischen Erfolg auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens oberhand bleiben.

Neuerdings scheint man dazu überzugehen, an Stelle allgemeiner Volksausstellungen Spezialausstellungen zu veranstalten. Der Erfolg der Dresdener Hygiene-Ausstellung ermuntert zu weiteren derartigen Bestrebungen. Auf die gegenwärtige Baufach-Ausstellung deutet aber noch ein anderer Umstand hin. Bereits im Jahre 1909 war, allerdings in wesentlich kleinerem Maße, in Leipzig eine Bauarchitektur-ausstellung veranstaltet worden und der Erfolg war herab, daß in den beteiligten Fachkreisen der Gedanke entstand, Baufach-Ausstellungen als ständige Ausstellungen für Leipzig zu schaffen. Zunächst wollte man aber unter Erweiterung des Zieles der Bauarchitektur-ausstellung eine Internationale Baufach-Ausstellung, verbunden mit einer Ausstellung für Wohnungshygiene und Wohnungsausstattung veranstalten. Eine Grundlage für das Ausstellungsunternehmen war bald geschaffen und so trat man anfangs des Jahres 1910 mit einem Gesuch um städtische Unterstützung, besonders um Ueberlassung eines geeigneten Ausstellungsplatzes an die Stadt heran. Stadtrat und Stadtbürgermeister stellten im September 1910 auch einen rund 225 000 Quadratmeter großen Platz unentgeltlich zur Verfügung und bewilligten außerdem 100 000 M. als Garantiesumme, 50 000 M. für Herstellung von Straßen und 46 000 M. zum Bau einer Brücke, die die beiden, von der Berlin-Hofen Eisenbahn durchschnittenen Teile des Ausstellungsgebietes verbindet. Nachdem im Herbst 1911 die Ausstellungsleitung das Gelände zur Benutzung übertriefen erhalten hatte, stellte sich bereits heraus, daß die Fläche nicht ausreichte. Es wurden deshalb weitere 160 000 Quadratmeter zur Verfügung gestellt, demnach zusammen 385 000 Quadratmeter.

Seitdem ist tüchtig auf dem Ausstellungsgebiete gearbeitet worden. Bald entstand ein imposantes Verwaltungsgebäude und dahinter auf dem Plage wurden nach und nach die verschiedenen Ausstellungsgelände empor, Straßen wurden angelegt, Schmuckanlagen hergerichtet. Ein bis vor kurzem eintönig erscheinendes Ackerfeld ist von zum Teil mächtigen und kunstvollen Bauten überfüllt, deren Dächer und Türme sich schon von einiger Entfernung aus zeigen und manne die bevorstehende Eröffnung der Ausstellung ankündigen.

Zweck der Internationalen Baufach-Ausstellung soll sein: „Erhellung und Erhellung vor aller Welt Zeugnis über die gemaltigen Fortschritte auf dem Gebiete des gesamten Bauwesens abzulegen; sie soll ein klares Bild des gesamten Bau- und Wohnungswesens in seiner wissenschaftlich-künstlerischen, wie sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung den weitesten Völkern geben“. Die Annahme von Ausstellern ist im reichsten Maße erfolgt. Aus allen Erdteilen liegen Anmeldungen von Privaten, Städten und Staaten vor und seit längerer Zeit schon zeigt sich, daß, wenn allen Wünschen Rechnung

wies gegen 346 405 M. im Vorjahre. Die Dividende kommt wieder in Höhe von 20 Prozent zur Verteilung. Alle Anlagekonten mit Ausnahme der Maschinen, die mit 65 000 M. gegen 85 000 M. figurieren, sind in der Bilanz bis auf 1 M. abgeschrieben. Über ungünstige Verkaufspreise klagt die Gesellschaft doch. — Eine Erhöhung der Dividende von 10 auf 12 Prozent nimmt die Daimler-Motoren-Gesellschaft in Stuttgart-Unterföhrheim vor. Für das Jahr 1912 ist einschließlich 385 687 M. (im Vorjahre 313 908) Vortrag ein Reingewinn von 2 862 442 M. (im Vorjahre 2 293 036) bezeichnet. Nach Verteilung einer Dividende von 12 Prozent (im Vorjahre 10 Prozent) sollen 685 358 M. (416 654) zu außerordentlichen Abschreibungen neben 519 024 M. (792 323) ordentlichen Abschreibungen verwendet werden. Ferner sollen den außerordentlichen Reserven 500 000 M. (300 000) überwiesen werden. Nach Dotierung der Unterstützungsfonds werden 502 948 M. vorgezogen. — Von 6 auf 8 Prozent steigert die Deutsche Maschinenfabrik Duisburg die Dividende für 1912, die A.-G. Gebr. Körting, Apparatebauanstalt in Hannover-Linden, verteilt wieder eine Dividende von 8 Prozent. — Eine Dividende von 10 gegen 7 Prozent im Vorjahre kann die A.-G. Hein, Lehmann & Co. (Eisenkonstruktionen) in Berlin und Düsseldorf verteilen. — Die Maschinenfabrik Budau, A.-G., schlägt bei reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 6 Prozent auf beide Aktienkategorien vor, während für 1911 nur die Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende erhielten, die Stammaktien aber leer ausgingen. — Zu einer Steigerung der Dividende von 6 auf 7 Prozent sind auch die Metallwerke, A.-G., vormals Luckau & Steffen in der Lage, die A.-G. Reib & Martin, Werkzeugmaschinenfabrik in Berlin, verteilt 6 Prozent, die gleiche Dividende wie im Vorjahre.

Erhöhungen der Dividenden sind ferner zu verzeichnen bei dem Ottensener Eisenwerk, das 6 Prozent Dividende gegen 5 Prozent im Vorjahre ausschüttet, bei dem Stahlwerk Krieger in Düsseldorf, dessen Aktienmehrheit die Berlin-Anhaltische Maschinenfabrik besitzt, und das 7 gegen 5 1/2 Prozent Dividende verteilt, bei der Düsseldorf-Rainger Rohr- & Blechfabrik, die die Dividende von 6 1/2 auf 8 Prozent erhöht.

Produktion und Teuerung.

III.

K. Als im Laufe der vergangenen Jahre die Entsehungskosten für Industrieerzeugnisse fortwährend zurückgingen, während trotzdem die Warenpreise stiegen, löste diese Entwicklung merkwürdigerweise keine Klagen über eine Teuerung aus. Dieser Umstand findet wohl seine Erklärung im gleichzeitigen Sinken der Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, oder doch im Beharren derselben bei steigenden Löhnen. Nachdem indessen auch bei allen landwirtschaftlichen Produkten, durch die Zollpolitik des Deutschen Reiches begünstigt, eine scharfe Aufwärtsbewegung des Preises einsetzte, wurde die Verteuerung doppelt fühlbar. Das erscheint uns so begründlicher, weil besonders die Ernährung den größten Teil des Arbeiterverdienens verschlingt und weil jegliche Verteuerung auf diesem Gebiete zu höchst fühlbaren Einschränkungen der ohnehin knappen Rationen zwingt. Welchen erschreckenden Umfang dieser Verzicht bereits angenommen hat, darüber geben gelegentliche Notizen in der Arbeiterpresse Aufschluß. An der Hand amtlicher Zahlen aus den Jahrbüchern der Städte Dresden und Nürnberg wollen wir zu diesem Kapitel ein wenig beitragen. Danach ging in Dresden in der Zeit von 1890 bis 1910 der Verbrauch an Brotgetreide pro Kopf von 123 auf 105 Kilogramm zurück, während der Fleischverbrauch von 72 auf 87 Kilogramm gestiegen ist. Um zu wissen, auf welchen Kosten die Einschränkung erfolgt ist, sei darauf hingewiesen, daß sich der Weizen- und Getreidekonsum nur von 3,90 auf 3,52 Kilogramm verminderte. In Nürnberg sank von 1891 bis 1909 der Mehverbrauch pro Kopf von 112 auf 100 Kilogramm und die verbrauchte Fleischmenge von 67 auf 54 Kilogramm. Daß angeführte Zahlen der Tat, etwas weniger gut zu leben, von den Arbeitern als blanker Hohn empfunden werden muß, ist nur zu erklärlich, und daß fortgesetzte Preissteigerungen eine gewaltige Entbitterung auslösen müssen, versteht sich am Rande.

Indessen sollte man vermeiden, blindlings zu urteilen, sondern versuchen, die Ursachen und Folgen der Preissteigerungen zu ergreifen. Kenntnis dieser Umstände vermittelt dann auch Einsicht über den Weg zu ihrer Beseitigung. Kann man die vollstverwirklichte Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit erhöhten Entsehungskosten begründen? Wenn ja, dann wäre die Preissteigerung zum mindesten verständlich, wenn auch in solchem

getragen werden sollte, ein noch weit größeres Gelände hätte beschafft werden müssen. Besser ist es, die notwendig gewordenen Beschränkungen der Ausstellung eher zum Vorteil als zum Nachteil.

Unter den Ausstellern befinden sich auch die deutschen Gewerkschaften, soweit sie aus Bauarbeitern bestehen. (Auch der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird dort vertreten sein. Red. der A.-Z.) Es ist abgesehen von den Steinsektoren, das erstmal, daß sich die Gewerkschaften an einer Weltausstellung beteiligen. Große Begeisterung war zwar diesmal nicht bei allen in Frage kommenden Organisationen vorhanden. Die Verhandlung der Gewerkschaften gelegentlich der Hygieneausstellung in Dresden wirkte nach noch und tief die lebhaftesten Bedenken wach. Aber die Ausstellungslösung zerstreute schließlich alle diese Bedenken und ließ deutlich erkennen, daß ihr nicht wenig daran gelegen war, die deutschen Gewerkschaften zu den Ausstellern auf der Weltausstellung zählen zu können. Bei den Leitungen der Bauarbeiterorganisationen gewann die Meinung die Oberhand, daß der Bauarbeiter sich, der einen wichtigen Bestandteil des Bauwesens überhaupt bildet, auch auf einer Internationalen Bauausstellung als wichtiges Ausstellungsobjekt dienen kann. Die Größe der gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Entwicklung zu einem Kulturfaktor ließen es angezeigt erscheinen, sich gebührend in den Vordergrund zu stellen und den gewerkschaftlichen Wünschen und Forderungen nicht nur durch Worte, sondern auch durch Taten den nötigen Nachdruck zu verschaffen. So kam der Beschluß für eine Beteiligung an der Ausstellung zustande. Im September 1912 wurde dann beschlossen, auf dem Ausstellungsgelände ein eigenes Gebäude in eigener Regie aufzuführen, um an und in ihm den Bauarbeiterstand, wie ihn die Arbeiterklasse fordert, zur Darstellung zu bringen. Wenn dieser Umstand nicht ein erhöhtes Interesse an der Ausstellung auch in Arbeiterkreisen hervorgerufen und es ist zu erwarten, daß die Leitung der Ausstellung auch bestrebt die Besuchsmöglichkeit der Arbeiterklasse entgegenkommen zeigt.

In den letzten Wochen der Eröffnung der Ausstellung wird mit Hochdruck gearbeitet, um die letzten Arbeiten fertigzustellen. Ob das in jeder Beziehung gelingen wird, scheint allerdings sehr fraglich. Aber schon bisher sind manche Ausstellungsstände so überraschend schnell entstanden, es hat von Tag zu Tag so viel Veränderungen und Umwälzungen auf dem Ausstellungsgelände gegeben, daß man sich nicht abzurechnen zu dem Ausstellungsorte braucht, wenn die Fertigstellung bis zum Eröffnungstage doch noch in der Hauptsache gelingen würde. Der Eröffnungstag, der 3. Okt., wird hierüber Gewißheit bringen.

Falle bestritten werden müßte, daß dann der Staat das Recht hat, die Grenzen gegen billigere Nahrungsmittel zu sperren. Die gewöhnliche Frage beantwortet, heißt jedoch nicht mehr und nicht weniger als enthüllen, daß aber auch gar kein Grund für eine Preissteigerung der notwendigen Bedarfsartikel für die Ernährung vorliegt. Man kann den schließlichen Beweis für diese Behauptung ziemlich einwandfrei, nach amtlichem Material und mit den Ausführungen der angesehensten Wissenschaftler führen.

Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1909 schätzte Professor Dr. K. Ballod in seinem Referat über die Produktivität in der Landwirtschaft die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktionsmenge seit Ende der dreißiger Jahre auf mindestens 66 Prozent. Diese Mengenzunahme wurde erreicht trotz Abnahme der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, die von 18,7 Millionen 1882 auf 16,9 Millionen im Jahre 1907 zurückging. Neben der Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist aber auch ein ganz bedeutender Rückgang der landwirtschaftlich benutzten Fläche zu verzeichnen. Diese verminderte sich von 36,7 Millionen Hektar im Jahre 1878 auf 31,8 Millionen Hektar im Jahre 1907. Eine um zwei Millionen geringere Volkszahl erzeugte auf einer 5 Millionen Hektar kleineren Fläche 66 Prozent mehr Gebrauchsgüter. Was kann deutlicher für ein Sinken der Entsehungskosten landwirtschaftlicher Produkte sprechen? Indessen sind die Preise gestiegen! Man mag umfangreiche Bodenverbesserungen annehmen, es werden sicherlich auch erhöhte Aufwendungen für Ackerbestellung und Maschinen nebst Bau von Wirtschaftsgebäuden gemacht worden sein; aber alle diese produktionsvermehrnden Maßnahmen sind mindestens ausgleichend worden durch eine außerordentlich gesteigerte Fruchtbarkeit. Diese ließe sich jedoch bei entsprechender Bewirtschaftung noch um viel mehr erhöhen. Zweifellos hat die scharfe Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte zu einer geradezu hervorragenden Rentabilität besonders der Betriebe geführt, die rationell bewirtschaftet werden. Allgemein verwünschten keine Besitzer heute ihre Kurzsichtigkeit, die sie vor noch kaum zehn Jahren Parzellen verkaufen ließ.

Versuchen wir, die landwirtschaftliche Rentabilität zahlenmäßig zu erfassen, wobei vorsichtigerweise eher zu niedrig als zu hoch gegriffen werden soll. Die wiedergegebenen Zahlen entstammen Professor Brentanos Schrift über die deutschen Getreidepreise und dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich. Danach ergibt sich folgende Zusammenfassung:

Getreideart	Durchschnittlicher Ertrag pro Hektar in Doppelhectaren		Preis pro Doppelhectar in Mark (Notierung: Berlin, bei Getreide-Märkten)	
	1882/91	1908/11	1885	1909
Roggen . . .	11,62	17,4	14,06	17,65
Weizen . . .	14,87	20,2	16,09	23,89
Gerste . . .	15,76	19,6	16,22	19,79
Hafers . . .	14,14	18,8	13,42	17,00

Man multipliziert nun den Durchschnittsertrag 1882 bis 1891 mit dem Preis 1885 und ebenso den Ertrag 1908 bis 1911 mit dem Preis 1909 und man bekommt den Wert des Sekterertrages in Mark. Die Steigerung des Ertrages beträgt seit reichlich zwanzig Jahren bei Roggen rund 143 M. gleich 88 Prozent, bei Weizen 239 M. gleich 97 Prozent, bei Gerste 132 M. gleich 52 Prozent und bei Hafer 129 M. gleich 68 Prozent. Dabei wird niemand behaupten wollen, daß die Getreidepreise 1885 etwa niedriger gewesen seien und somit eine künstlich hohe Steigerung herausgerechnet wurde. Andererseits kann dagegen darauf verwiesen werden, daß nicht nur die Preise seit 1909 weiter angezogen haben, sondern auch die Sektererträge fortgesetzt wachsen.

Die Steigerung der Getreidepreise ist nun einmal richtunggebend für die Preise anderer landwirtschaftlicher Artikel und damit für die Vieh- und Fleischpreise und zuletzt für den Kaufpreis des Grund und Bodens. Hat sich die Preisentwicklung erst einmal dem Produktionsmittel Grund und Boden mitgeteilt, dann wirkt sie ganz anders als bei den Industrieerzeugnissen. Dort erneuern sich die Produktionsmittel nach längerer oder kürzerer Zeit und ein künstlich erhöhter Preis für sie wird immer wieder fortgerollt. Hat dagegen das Produktionsmittel Grund und Boden einmal einen hohen Preis erreicht, dann ist ein Sinken nahezu ausgeschlossen, dann wirkt dieser erhöhte Preis immer weiter produktionsverteuernd und preissteigernd auf die gewonnenen Produkte. Im erhöhten Preis für landwirtschaftliche Produkte wird dann der Arbeiterlohn ein besonderer Betrag abgenommen, der den ehemaligen oder gegenwärtigen Wert des Grund und Bodens in Form mäßiger Renten und Gewinne zuzieht. Fast 8 Milliarden Hypotheken sind von 1886 bis 1909 in ländlichen Bezirken mehr eingetragen als gelöscht worden. Am Ueberschuß der Eintragung über die gelöschten Summen zeigt sich recht anschaulich der Beginn der landwirtschaftlichen Teuerung.

Eine Entwicklung, die zur Steigerung der Bodenpreise führt, birgt schätzbare auch einen Gewinn für den kleinen Besitzer. In Wirklichkeit schädigt sie ihn empfindlich. Sie zwingt ihn schon bei Erbgang entsprechend dem höheren Grundwert die Miterben höher auszusahlen. Hohe Preise für das Land erschweren aber besonders den Erwerb durch Kleinbauern, während sie Großgrundbesitzern, die als Verkäufer auftreten, jähelohnte Gewinne in den Schoß werfen. Zuletzt erhöhen steigende Bodenpreise die Pachten, deren Ausbringung dem Pächter in schlechten Erntejahren nicht geringe Sorgen bereiten kann. Um welche Steigerungen es sich dabei handelt, mögen zwei Beispiele zeigen. In Preßlau liegt die 1600 Morgen große Domäne Unkub, deren Pachtpreis 1910 von 12 000 M. auf 25 100 M. stieg. Die 1915 Morgen große Domäne Ortelau hatte gar eine Steigerung von 13 000 M. auf 30 256 M. zu verzeichnen. Daß Güter innerhalb weniger Jahre mehrmals den Besitzer wechseln und daß sich ihr Preis in kurzer Zeit oft verdreifacht, ist fast eine alltägliche Erscheinung.

So führt die heutige Wirtschaftspolitik zur künstlichen Verteuerung der Produkte und über diese zur Erhöhung der Bodenpreise und zur Verteuerung der Teuerung. Wegen einer solchen Entwicklung gibt es nur ein Hilfsmittel: die Vergesellschaftung des kapitalistisch bewirtschafteten Grund und Bodens.

Arbeiterferien.

Ferien, wach ein Wort! Wer erinnert sich beim Klänge dieses Wortes nicht an die lustige Zeit seiner Jugend, wenn der Lehrer die Schule schloß mit den ihm nötig scheinenden Ermahnungen, in den Ferien recht brav zu sein. Die in der Großstadt wohnenden Kinder haben ja selten den richtigen Genuß von Ferien gehabt, sei es, daß sie keine Gelegenheit hatten, ins Freie zu kommen oder gar, daß sie den Eltern helfen mußten, ums tägliche Brot zu ringen. Und doch haben auch diese Kerlchen beim Klänge des Wortes aufgestanden: Ihre Augen haben freudiger glänzend, denn für jeden war ein bißchen Freiheit, ein bißchen Sauber mit dem Wort verknüpft.

Die Glücklichen aber, die hinaus aufs Land ziehen konnten aber dort wohnten, tummelten sich in ungebändigter Lebenslust, freuten sich der Sonne und des Grün der Natur, jauschten und jubelten. Ferien! Freiheit!

Verschunden sind für den Arbeiter diese Zeiten. Mit dem Eintreten in die Reihe der Millionen, die, um des Lebens Notdurft zu fristen, dem Kapitalismus fronen müssen, gab es keine Ferien mehr, ging ein Tag wie der andere Jahr um Jahr. Es kam keine Unterbrechung der Arbeit außer der, die von dem Gespenst der Arbeitslosigkeit oder dem Schreden der Krankheit begettet war.

Die Arbeiter wurden Enterbte des Glücks. Sie kennen nur in geringem Maße die Freude des Lebens, die die Freiheit und der sorgenlose Besitz gestatten. Die Sonne lacht, die Natur lacht; die Arbeiter aber sind gefesselt an ihre Werkplätze, um Brot zu schaffen für sich und für Weib und Kind. Die Feiertage sind nicht Tage ungetriebener Freude, denn die graue Sorge sitzt auch an diesen Tagen zu Gasse.

Die Arbeiter hätten vor allem Anspruch auf längere Erholungsstunden. Sie stellen dem Unternehmer Tag für Tag ihre Arbeitskraft und dazu Leben und Gesundheit zur Verfügung und der Lohn, den sie dafür empfangen, ist oft recht klein. Der Kaufmann, der Beamte, der Lehrer, der Geistliche zc. hält es für dringend notwendig, nach bestimmten, der Arbeit gewidmeten Zeiträumen eine besondere längere Erholungs- und Ruhepause eintreten zu lassen, um sich zu stärken und zu kräftigen. Diese Ruhepausen sind für eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeit unterbrochen wird von einer Erholungsstunde. Sie haben recht damit. Die Arbeiter aber fordern das Gleiche. Mit der gewerkschaftlichen Organisation haben sie den Weg beschritten, dieses Recht zu gewinnen. In planvoller, unangefangener Tätigkeit wird Stück um Stück zu erringen versucht. In erster Linie müssen sich die Arbeiter eine Arbeitszeit zu erkämpfen suchen, die den Forderungen der heutigen Produktionsweise entspricht, und einen Lohn, der zur Bestreitung einer angemessenen Lebenshaltung ausreicht. Soweit das geschehen, fordern sie aber auch das Recht, einmal im Jahr gänzlich auszuspazieren, einmal hinausgehen zu können in die Natur, in die Welt, um deren Schönheiten zu sehen, um kurze Zeit wenigstens den Jammer des Alltags hinter sich zu lassen.

Der Erreichung dieses Zweckes ist ein Buch gewidmet, das der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes herausgegeben hat. (Arbeiterferien, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in der Metallindustrie.) Das Buch enthält ein reiches Material. Es beleuchtet die große und kulturelle Frage von Ferien für die Arbeiter von verschiedenen Gesichtspunkten aus und gibt eine statistische Uebersicht darüber, was von den Arbeitern und den Metallarbeitern im besonderen auf diesem Gebiete bis jetzt erreicht worden ist.

In dem Buche wird nachgewiesen, daß Ferien im Interesse der geistigen und körperlichen Volksgesundheit von großer Bedeutung sind und daß die heutige Betriebsweise der jetzigen Zeit eine längere Erholungsstunde für die Arbeiter geradezu gebieterisch fordert. In einem Abschnitt: „Die Stellung der Unternehmer zu Arbeiterferien“ wird gezeigt, daß speziell die kapitalistischsten Werke der Stahlindustrie, des Schiffbaus und der Textilindustrie sich am heftigsten gegen Arbeiterferien sträuben. Trotz dem Widerstand der Unternehmer hat sich jedoch die Idee schon ganz gute Bahn gebrochen. Nach einer Umfrage, deren Ergebnis in dem Buche besprochen wird, sind in der Metallindustrie für 389 Betriebe mit 233 927 Arbeitern Ferien eingeführt. Von diesen Arbeitern haben im Jahre 1912 zusammen 24 267 Ferien erhalten — und zwar gegen Fortzahlung des Lohnes, was eine selbstverständliche Voraussetzung ist, wenn die Ferien einen Wert haben sollen. Für eine kleine Anzahl von Betrieben sind die Ferien vertraglich festgelegt. Das muß vorbildlich sein, denn die Gewährung von Ferien soll keine Wohlthat der Unternehmer, sondern ein Recht der Arbeiter sein. Aus diesen Gründen fordert auch der Verbandsvorstand im Schlußwort seines Buches ein vertragliches Recht auf jährliche Ferien; ferner die Befestigung aller besonderen Bedingungen, die die Ferienerlangung beeinträchtigen können, sowie ausreichende Entschädigung für den durch die Ferienzeit entfallenden Verdienstausfall.

Das Buch ist ein wertvolles Hilfsmittel und es enthält gutes Material für die Agitation zur Erreichung von Ferien. Die große, rasch vergriffene Auflage des Buches beweist auch, daß in den Kreisen der Arbeiter ein lebhaftes Interesse für die Frage vorhanden ist und daß die Herausgabe der Schrift ein dringendes Bedürfnis war.

Die Schmiede in der Einheitsorganisation.

Nach der soeben fertiggestellten Berufsstatistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes beträgt die Zahl der ihm angeschlossenen Schmiedehilfsleute 9793 und die Zahl der ihm angeschlossenen Schmiede (Auf- und Wagenschmiede, Selter zc.) 31 463. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte mithin am Schlusse des Jahres 1912 unter seinen Mitgliedern 41 256 Schmiede. Unter den einzelnen Berufsgruppen bilden die Schmiede nach ihrer numerischen Größe an fünfter Stelle. Ihnen voraus sind die Schlosser mit 143 601 Mitgliedern, die sonstigen Metallarbeiter mit 105 280 Mitgliedern, die Dreher mit 53 612 Mitgliedern und die Former (einschließlich der Hilfsarbeiter) mit 50 636 Mitgliedern. Da der Deutsche Metallarbeiter-Verband am Schlusse des Jahres 1912 zusammen 561 847 Mitglieder zählte, repräsentieren die Schmiede einen Bestandteil des Verbandes in Höhe von 7,35 Prozent. Der Prozentfuß betrug im Jahre 1911: 5,10 und im Jahre 1910: 5,04. Die Steigerung der Mitgliederzahl der Schmiedegruppe, die vom Jahre 1910 zum Jahre 1911 nur 1,19 Prozent betrug, erhöhte sich im letzten Jahre infolge des Anschlusses des Schmiedeverbandes auf 44,12 Prozent.

Die am 1. Oktober 1912 erfolgte Angliederung des Schmiedeverbandes an den Deutschen Metallarbeiter-Verband rechtfertigt wohl eine kurze Besprechung. Bis zum erfolgten Anschluß des Schmiedeverbandes drängte das Nebeneinanderbestehen der zwei für Schmiede bestehenden Organisationen die Werkkraft und die Schlagfertigkeit der Schmiede. Die fortschreitende Entwicklung der Produktionsform führte die beiden Organisationen zwar langsam aber sicher zur Einheit. Naturgemäß war der Verschmelzungsprozess mit vielen Unannehmlichkeiten verknüpft. Die Berufsorganisation der Schmiede beehrte sich viele Jahre hindurch mit allen Mitteln gegen den Aufschwungprozess, der sich vor ihren Augen vollzog. Verhindert werden konnte der Prozess nicht. Immer mehr wurden die Schmiede in die Großbetriebe hineingebracht, wo sie zwar auch wesentliche Faktoren in der Warenherstellung waren und sind, wo sie aber auch in der großen Menge der sonstigen Metallarbeiter nach und nach ihre frühere große Bedeutung einbüßten. In den Großbetrieben — Werften, Maschinenfabriken, Karosseriewerken zc. — wurden die Schmiede mit ihrer Arbeitsweise und ihrer Arbeitsstellung immer mehr von anderen Berufen der Metallindustrie abhängig. Freilich trat auch das Gegenteil hervor, aber die große Gruppe der sonstigen Metallarbeiter mit ihrer großen und starken Organisation verdrängte von dieser Abhängigkeit nicht gar viel. Noch ein Umstand hat von Bedeutung: die großen wirtschaftlichen Kämpfe der neueren Zeit

mollen, zu wehren. Zwar erklären Unternehmerorganisationen, Handelskammern etc., daß sie das Koalitionsrecht nicht antasten, sondern nur die Ausübung des Koalitionsrechtes ganz besonders das Recht des Streikpostens meinen, so ist es eben so e u e i, was sie betreiben. Diesen unläuternden Motiven muß entgegengetreten werden, um zu verhindern, daß die Absichten dieser Arbeiterkünde verwirklicht werden. Der Arbeitsnachweis unserer Verwaltungen vermittelte im Jahre 1912: 8656 Stellen. Gegenüber anderen Arbeitsnachweisen der Metallindustrie ist das ja schon eine recht nennenswerte Zahl, jedoch gegenüber der Zahl der gesamten in der Berliner Metallindustrie im Jahre 1912 besetzten Stellen nicht genügend. Es muß auf diesem Gebiet noch weit mehr getan werden und es kann auch mehr getan werden, wenn unsere Kollegen uns in unserem Streben nach Verbesserung des Arbeitsnachweises mehr als bisher unterstützen. An der Kaiserstraße 1912 haben sich aus 269 Betrieben 11 292 Mitglieder beteiligt. Das ist gegenüber dem Jahre 1911 eine erhebliche Steigerung. Allerdings waren Großbetriebe im eigentlichen Sinne nicht an der Kaiserstraße beteiligt, deshalb kann von einer wesentlichen Nachwirkung durch Maßnahmen bei der Kaiserstraße 1912 nicht gesprochen werden. Die Zahl der Ausgesperrten wegen der Kaiserstraße betrug bei 28 Firmen 1046 Kollegen. Die Dauer der Aussperrung betrug in keinem Fall mehr als sieben Tage. Die Bibliothek der Verwaltungen in Berlin (eine Hauptbibliothek und 17 Filialen) ist im Jahre 1912 häufiger frequentiert worden als in früheren Jahren. Während 1911 die Zahl der ausgeliehenen Bände 73 009 betrug, liegt die Zahl im Jahre 1912 auf 82 308. V e r a m l u n g e n, K o n f e r e n z e n, S i t z u n g e n fanden im Jahre 1912 zusammen 22 324 statt, ein Beweis für die ungeheure Tätigkeit, die in der Verwaltungen Berlin entfaltet werden muß, um allen Ansprüchen nachkommen zu können. Den Kassenbericht erläuterte Kollege G e n n i n g. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 2 748 549,13 M., die Lokalkasse hatte infolge des Bestandes vom Vorjahre eine Einnahme von 1 939 520,44 M. Die hauptsächlichsten Ausgaben der Hauptkasse waren für: arbeitslose Mitglieder 661 140,85 M., Kranke Mitglieder 525 598,90 M., Streikunterstützung 222 427,90 M., Gemäßigtenunterstützung 43 459,40 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 8520 M., Unterstützung in besonderen Fällen 23 400 M., Reiseunterstützung 23 184,50 M., Umzugunterstützung 13 521,25 M. Von den Ausgaben der Lokalkasse sind folgende Posten hervorzuheben: Streikunterstützung 131 688,80 M., Nachregelungsunterstützung 12 849,95 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 5457,20 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Jahresabschluss 1912: 1 430 182,96 M. Ueber den Bericht fand eine wesentliche Diskussion nicht statt, lediglich ein Beschluß der Ortsverwaltung war Gegenstand einer lebhaften Auseinandersetzung. Die Ortsverwaltung hatte nämlich im Herbst 1912 beschloffen, mit Rücksicht auf die auch den Angehörigen fühlbar werdende Teuerung und mit weiterer Rücksicht darauf, daß die Angehörigen gerade in der Zeit äußerster Not in Anspruch genommen wurden, jedem Angehörigen eine Teuerungszulage von 100 M. zu bewilligen. Die Diskussionsredner erklärten zwar, daß sie gegen die Teuerungszulage an sich nicht wären, doch wären sie der Meinung, daß beratliche Beschlüsse der Zustimmung der Generalversammlung unterliegen müßten. Eine entsprechende Resolution wurde dann auch angenommen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, wonach ausgesperrte arbeitslose Mitglieder mit Rücksicht auf die gegenwärtige große Stodung im Baugewerbe aus Mitteln der Lokalkasse für weitere vier Wochen Unterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung erhalten sollen. Dieser Beschluß hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1913. — Die Generalversammlung wurde darauf bis zum 14. April vertagt, da die Zeit inzwischen zu weit vorgeschritten war. In der Fortsetzung der Generalversammlung sind dann noch die Wahlen der Ortsverwaltung erledigt worden. Es wurden gewählt zum ersten Bevollmächtigten Adolf C o h e n, zum zweiten Kassierer Emil B r a u n e r, zum dritten der Reichsverband, von denen diesmal zwei ausgeschieden, wurden drei Vorschläge genehmigt unterstützt, und zwar die bisherigen Redatoren, die Kollegen D r ä g e r u n d G r i e s und als dritter der Kollege P a a l e n. Gemäß dem Ortsstatut muß nunmehr die Wahl der Redatoren durch Urabstimmung vorgenommen werden. Diese findet am Tage der Wahl der Delegierten zum Verbandstag in Breslau statt. Als Beisitzer wurden die Kollegen S t r i e d e r u n d S m e r wiederbezwählt. Sodann wurden noch für die von der Verwaltungen Berlin zu wählenden 44 Delegierten zur Generalversammlung in Breslau 80 Kandidaten aufgestellt.

Mech. Der von Saarabien nach Lothringen verlegte General-Großapparat Peter B ä d e r glaubt dadurch Mitglieder zu gewinnen, daß er nach dem Muster von August Brühl arbeitet. Die Solinger Ortskassenangehörige scheint ihm als ein besonders fester Haken dazu geeignet zu sein. In einer Versammlung behauptete er nämlich, die Solinger „Genossen“ hätten in der Ortskassenklasse 150 000 M. unterschlagen. Als dies Kollege C a s p e r als eine gemeine Lüge bezeichnete, ließ Bäder zum Reden und das Resultat war 10 M. Strafe für Casper wegen fälschlicher Behauptung. Beweise für seine Behauptungen konnte Bäder vor Gericht nicht erbringen. Damit die Sache auch noch etwas ausfalle, wurde Casper von Bäder als Führer der Meiner Sozialdemokratie, das wiederum als „Arbeitersekretär“ gestempelt, trotzdem Bäder weiß, daß Casper heute noch im Arbeitsverhältnis steht. Partin liegt eben diesem. Als Bäder in die schwarze Presse noch die größten Unwahrheiten lanzierte, sandte unser Kollege eine Verächtlichmachung. Der „Christliche“ Strategie, der vorher nur immer schweigend von Genossen sprach, nannte dann in einer Gegenberichtigung Namen und es wird ihm nun wohl Gelegenheit gegeben werden, seine Behauptungen zu beweisen. Da aber Bäder auch in allen Versammlungen seine Methode verfolgte, dazu auch über unsere Organisation wegen der Mendener Aussperrung die größten Unwahrheiten verarbeitete, glaubten wir ihm doch Gelegenheit geben zu müssen, die Wahrheit zu hören. Zu diesem Zwecke fand am 13. April eine gut besuchte Versammlung hier statt. Obwohl Bäder schriftlich eingeladen und ihm bereits in einer von ihm einberufenen Versammlung, wo er über die „großen Erfolge“ bei der Mendener Aussperrung sprach, gesagt worden war, daß die Versammlung am 13. April abgefallen ist, ließ er „große Differenzen“ in Erfahrung bringen. Kollege R a p p (Solinger) behandelte in eingehender Weise die Solinger Ortskassenangehörige. Man muß klauen über diese „Christlichen“ Behauptungen, mit welchen Verleumdungen sie operierten. Rapp hatte klargestellt, wie die ganze Affäre zusammenhängt und daß der Solinger Redant nicht zur Sozialdemokratie gehören kann, da er ja selbst von der Aufsichtsbekörde seinerzeit eingekerkert worden war, aber trotzdem behauptete die „Hefenhand“ des großen Strategen Bäder: In einer Hochburg wie Solingen muß eben jeder Redant „Sozialdemokrat“ sein. Sein „Chef“ halte seine Behauptungen öffentlich aufrecht. In seinem Schlußwort kennzeichnete Rapp diese Leute, die nach dem Rezept zugeföhrt sind: Verleumder sind drauflos... Kollege B r a u n e r s t e u e r t e r behandelte dann noch die Taktik der „Christlichen“ Gewerkschaften und ihre Kampfweise bei der Mendener Aussperrung. Er nahm die großen „Erfolge“ unter die Lupe und zeigte, wie die „Christlichen“ Erfolge konstatieren, indem er die Forderungen den eingegangenen Bedingungen gegenüberstellte. Welche Referenten fanden für ihre Ausführungen lebhaften Beifall. Mit einem Hoch auf die freie Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende Bäder die Versammlung. An unseren Kollegen liegt es nun, unermüdet für unsern Verband weiterzuarbeiten, die noch fernstehenden Kollegen aufzuklären und für uns zu gewinnen. Dann werden die Säume der „Christlichen“ auch in Meiner nicht in den Himmel wachen.

Wilhelmshaven. Es ist erlaunlich, welche Unwissenheit manchmal in bürgerlichen Kreisen sich breit macht. Im Wilhelmshavener Lokalblatt war auf der „Eiswiese“ folgendes erschienen: Ein Wort zum Nachdenken! Wie wir aus der Zeitungschrift des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung, erfahren, sind im letzten Geschäftsjahr von

der hiesigen Ortsgruppe 82 343 M. vereinnahmt und 31 289 M. verausgabt worden. Die Differenz zwischen Einnahme und Ausgabe in Höhe von 51 054 M. ist an die Hauptkasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgeführt worden. Im Jahre vorher betrug die Einnahme 68 133 M., die Ausgabe 29 061 M., und die Hauptkasse erhielt rund 39 000 M. In zwei Jahren also hat die hiesige Ortsgruppe rund 90 000 M. ohne jede Gegenleistung dahingegen. Es bringt sich die Frage auf, was mit diesem Kapital hier zur Verbesserung der traurigen Wohnungsverhältnisse hätte getan werden können. W. U. u. g. Wir geben gerührt nicht feht, wenn wir annehmen, daß dieses „Eingefandl“ von einem „guten Freunde“ aus einer gegnerischen Organisation in das Lokalblatt langiert worden ist. Dem Blatt ist darauf von unserer Seite eine Erwiderung zugegangen, deren Aufnahme es aber abgelehnt hat. Unsere Erwiderung lautet: „In Nr. 84 dieser Zeitung vom 11. April 1912 befindet sich ein Eingefandl mit der Ueberschrift: Ein Wort zum Nachdenken“, worin zunächst konstatiert wird, daß von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Jahre 1912 51 054 M., im vorhergehenden Jahre 39 000 M. an die Hauptkasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eingekandt worden sind. An diese Tatsache wird alsdann die Bemerkung geknüpft, daß diese 90 000 M. ohne jede Gegenleistung von der hiesigen Arbeiterkategorie dahingegen worden seien und damit die Frage verbunden, was mit diesem Kapital hier zur Verbesserung der traurigen Wohnungsverhältnisse hätte getan werden können. Da um Antwort gebeten wird, ist diese hiermit gegeben. Wenn wir behaupten wollten, die hiesigen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes haben für Steuern und sonstige staatlichen und kommunalen Abgaben in diesen zwei Jahren etwa 500 000 M. ohne jede Gegenleistung dahingegen und fragen würden, was mit dieser Summe zur Verbesserung der hiesigen traurigen Wohnungsverhältnisse hätte getan werden können, so wäre beides viel weniger naiv als die Behauptung und Frage des Einsenders. Die Beiträge an den Deutschen Metallarbeiter-Verband werden von den Mitgliedern eben nicht zum Zwecke der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse bezahlt, sondern zwecks Gebung der geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder durch Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Unterstützung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und sonstigen Notfällen. Inwiefern dieser Zweck erreicht wird, geht daraus hervor, daß im Jahre 1911 (die Zahlen für das Jahr 1912 stehen uns noch nicht zur Verfügung) 92 006 Personen eine Arbeitszeiterleichterung von 198 894 Stunden pro Woche und für 108 154 Personen eine Lohnaufbesserung von 192 200 M. pro Woche oder 7 688 000 M. pro Jahr durch den Verband erreicht worden ist. Diese Zahlen beweisen wohl zur Genüge, warum die Mitglieder ihre Beiträge freiwillig, ohne äußeren Zwang erbringen. Daß seitens des Hauptverbandes an die hiesige Verwaltungen außer sämtlichem Verwaltungenmaterial auch etwa 130 000 bis 140 000 Zeitungen als Gegenleistung geliefert worden sind, sei nur nebenbei erwähnt. Sind die Ausgaben für die Verwaltungen im sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband im Verhältnis zu anderen Institutionen, zum Beispiel zu den Ausgaben bei den Unfallversicherungs-Vereinigungen, auch außerordentlich gering, so können sie immerhin nicht gleich Null sein. Einweilen wollen wir aber darauf, daß im Jahre 1912 fast 8 400 000 M. allein für Unterstützungszwecke irgend welcher Art an die Mitglieder zurückerstattet worden sind und die Hauptkasse 1 680 995 M. als Zuschüsse an verschiedene Zahlstellen gestiftet hat. Wenn die hiesige Zahlstelle die Hauptkasse nicht in Anspruch zu nehmen brauchte, so ist das sicher für die Mitglieder keine betrübende, sondern eine erfreuliche Tatsache. Sie wissen eben, daß ihnen die Hauptkasse im Bedarfsfälle mit ihrem Millionenvermögen — welches eben auch wieder Eigentum der Mitglieder ist — zur Verfügung steht. Deshalb wird das Eingefandl, wenn es bezwecken sollte, daß Mitglieder der hiesigen Verwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Organisation den Rücken kehren, diesen Zweck vollkommen verfehlen.“

Schlösser.

Samburg. Die Bauhölzer Samburgs sind am 3. April in den Streik getreten. Der Grund für die Arbeitsunterbrechung ist in dem äußerst geringen Entgegenkommen der Junggelehrten zu suchen. Schon während der Dauer des abgelaufenen Tarifs haben die Bauhölzer einen sehr hartnäckigen Widerstand der Meister zu überwinden gehabt, um einen einigermaßen angemessenen Lohn zu erreichen. Im alten Tarif ist der Passus enthalten, daß der Lohn nach Leistungen vereinbart wird. Diese Bestimmung hat nun zu den verschiedensten Differenzen geführt. Es mußte deshalb bei der diesjährigen Tarifverhandlung das Hauptgewicht auf die Mindestlöhne gelegt werden. Der Mindestlohn für Junggelehrten nach beendeter Lehrzeit betrug 50 S. Es war ganz selbstverständlich, daß auf Grund dieses Mindestlohnes ein dreijähriger Tarif nicht abgeschlossen werden konnte. Wir forderten deshalb einen Mindestlohn für Junggelehrten von 60 S. vom 1. April 1913 an, im zweiten Jahr nach beendeter Lehrzeit 65 S. die Stunde. Nach mehrmaligem Verhandeln haben die Meister einen Mindestlohn in folgender Form zugestanden: Vom 1. April 1913 an beträgt der Mindestlohn 52 S. ein Jahr nach beendeter Lehrzeit 57 S., zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit 60 S. die Stunde. Bezüglich der Lohnzulage an die übrigen Gesellen wurde zugestanden: vom 1. April 1913 an 1 S., 1. April 1914: 2 S. die Stunde. Diese Lohnzulage schwebt jedoch vollständig in der Luft, kann doch der Fall eintreten, daß ein Geselle vor Abschluß des neuen Tarifs einen höheren Lohn hat als nach Ablauf der dreijährigen Tariffdauer. Da die Meister ein weiteres Entgegenkommen nicht zeigten, beschloffen die Kollegen am 2. April, die Arbeit einzustellen. Der Kampf dauert nunmehr zwei Wochen, ohne daß eine Verberung eingetreten ist. Es kommen 897 Kollegen in Betracht. Wir ersuchen, den Zugang von Bauhölzern nach Samburg streng fernzuhalten.

Walzwerksarbeiter.

Witten. Der Streik der Arbeiter des Drahtwalzwerks auf dem Witterer Gußstahlwerk mußte leider nach 3 1/2wöchiger Dauer als erfolglos beendet werden. Von den Streikenden ist keiner abgesehen, leider war es aber der Firma möglich, genügend Kausretzer zu bekommen. Die alte Belegschaft leistete der Firma nicht genügend, es sollten 120 bis 150 Tonnen produziert werden, es war aber nicht möglich, 100 Tonnen und darüber zu produzieren. In den ersten zwei Wochen des Streiks, als die Kausretzer ohne Abkühlung arbeiten mußten, wurde ihnen der Lohn zu einer Produktion von 100 Tonnen, als dann mit Abkühlung gearbeitet werden konnte, mit 86 Tonnen berechnet. Die Produktion betrug aber nicht 86 bis 100 Tonnen, sondern nur 40 bis 60 Tonnen und davon war noch immer ein guter Teil Schrott und zweite Qualität. Der Schrottwalzer war dort groß geworden, daß der Betriebsleiter S t e b e l e r selbst zur Länge tritt und den Schrott zur Seite schiebt. — Die Drahtwalzer, die sich dem Witterer Gußstahlwerk als Kausretzer zur Verfügung stellen, sind: Peter Meien und Gogn, Kroonen, Schmal, Fr. Grafenmeyer, Wih. Knepper, Gust. Eilinghaus, Peter Guttmann, And. Richter, Ernst Gerbel, Fr. Kubitz, Wih. Schermer, Joh. Portig, Dinghoff, Krüger, Ernst Schöge, Verk. Da die Firma mit diesen Leuten die frühere Produktion nicht erreicht und sich noch weiter um Drahtwalzer bemüht, so bleibt die Sperre weiter bestehen und ist Zugang von Drahtwalzern auch ferner noch fernzuhalten.

Rundschau.

Reichstag.

In Breslau lebte bis vor wenigen Jahren ein fast unbekanntes Original, der alte Schottländer. Als er eines Tages ausritt, da fragte ihn ein Freund: „Wohin reitest du, Schottländer?“ Seine Antwort lautete: „Frag das Pferd!“ An diese Anekdote wird man

bei der Betrachtung der deutschen Auslandspolitik lebhaft erinnern. Da scheinen auch die „Reiter“ nicht recht zu wissen, wohin eigentlich der Kurs geht, so daß man zweifelhaft das „Pferd“ nach der Richtung fragen sollte. Woche um Woche wurde im Reichstag die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten zurückgeschleppt, weil die Regierung immer wieder gegen die Erörterung des Entwurfs erob, daß die internationalen Schwierigkeiten eine offene Aussprache nicht angebracht erscheinen ließen. Entblät ist nun doch — zuerst in der Budgetkommission, sodann jetzt in der Vollversammlung — der Etat des Auswärtigen Amtes erledigt worden, und man möchte schon unerschämtermaßen, wenn man behaupten wollte, daß dabei eine einzige noch so kleine Entschuldig über die internationale Politik gemacht worden sei. Nur was man seit langer Zeit in deutschen oder fremden Blättern lesen konnte, wurde noch einmal vorgebracht, in der Form nicht besser, im Inhalt vielleicht noch unvollständiger. Man hörte, daß zeitweilig die Gefahr eines europäischen Krieges bestanden habe, ohne daß man bei dieser, des Reiches der Neuheit durchaus entbehrenden Mitteilung nun endlich darüber aufgeklärt worden wäre, warum die „Staatsmänner“ diese Gefahr nicht zu verkleinern oder ganz zu vermeiden verstanden hätten; man hörte, daß die Diplomatie sich für die Erhaltung des Friedens eingesetzt habe, ohne daß durch diese Versicherung das allgemeine und berechtigte Mißtrauen gegen besagte Diplomatie geändert worden wäre. Ein sozialistischer Abgeordneter fragte: „Wodurch unterscheidet sich der deutsche Diplomat von dem gewöhnlichen Menschen, der auch nichts von der internationalen Politik versteht?“ Antwort: „Der Diplomat nennt sein Gewerbe — mit französischer Feinheit — Diplomatie, der gewöhnliche Mensch nennt es Diplomatie oder Quacks.“

Seit dem plötzlichen Tode Ribbentrop-Wächters steht ein Vertreter des famosen Berliner Volkspresidenten an der Spitze unseres Auswärtigen Amtes, ein Herr v. Jagow. Als Gesandter in Luzern, einem sicher nicht sehr aufregenden Platz, erhielt er eine „Schule“ in den auswärtigen Angelegenheiten, ging dann als Botschafter nach Rom, wo die plötzliche Berufung in das Amt in der Wilhelmstraße ihn erreichte. Durch Rebellentum sind wir bei unseren auswärtigen Ministern, v. Bälow etwa abgesehen, nicht verbohnt. Aber sogar Ribbentrop-Wächter, der nur mühsam sein gemütliches Gesichtswädel vorbrachte und regelmäßig nach zehn Jahren die Puste verlor, war ein Demosthenes gegen Jagow. Der größte Diplomat des 19. Jahrhunderts hat einmal gesagt, daß der Herrgott uns die Sprache gegeben habe, um die Gedanken zu verbergen. Solche Gedanken, wie Herr v. Jagow verdirbt, wenn er zu reden anfängt, gibt es gar nicht. Jedenfalls steht das eine fest: eine klare auch dem Volke verständliche Richtlinie für die deutsche auswärtige Politik hat er nicht vorzuzeichnen vermocht, es sei denn, daß man die wiederholte Beteuerung, wir würden treu zu Desterreich, für eine solche Darlegung ansehe. Ein Schelm gibt mehr als er hat. Uns will scheinen, als ob die auswärtige Politik einer friedfertigen und arbeitsamen Nation im Grunde nicht allzu schwer zu leiten sei. Schließlich hat es ja auch mit der Bösartigkeit schlimmer Nachbarn seine Grenze.

In der Reichstagswoche befreite die Mehrheit den Reichstag von einem der unangenehmsten Mitglieder, dem mit Hilfe von amtlicher Wahlbeeinflussung 1912 gerade noch einmal gewählten Herrn v. K r ö g e r, jenem Schwerenöter, der einst sagte, die Sozialdemokratie könne nur Objekt, nie aber Subjekt der Gesetzgebung sein (das heißt: die Eigenschaft als Sozialdemokrat müsse als Wahlausschließungsgrund angesehen werden). Die Wahlprüfungskommission hatte das Mandat auf Grund eines sonnenklaren Tatbestandes gegen die Stimmen ihrer beiden konservativen Mitglieder für ungültig erklärt; bei einer solchen Sachlage blieben schließlich Menschen ihr Mandat niederzulegen, um einer Ungültigkeitserklärung im Plenum zu entgehen. Aber Jordan v. Kröger vertraute auf seine guten Nerven und hoffte wohl auch noch auf einen Zwischenfall, wie unlängst bei der Abstimmung über die Wahl des ihm gestimmungsverwandten Dr. Becker. Dortin hatte er sich freilich verrecknet. Die Linke des Reichstags säumte nicht, dem edlen Herrn den verdienten Abgang zu bereiten. Es steht jetzt ein frisch-fröhlicher Wahlkampf im Kreise Garbelegen bevor, der unter dem Eindruck der neuen Militär- und Steuererlagen und dank einer in den letzten Jahren ziemlich energiegelagten Agitations- und Organisationsarbeit der Sozialdemokratie hoffentlich mit deren Siege enden wird.

Der bei dem Etat des Reichskanzlers wiederholte, von früher schon bekannte sozialdemokratische Antrag auf Einführung der Proporzionalwahl wurde diesmal mit einer Stimme, also durch eine reine Zufallsmehrheit, abgelehnt. Er wird wiederkommen. Kann man bei der jetzigen Gestaltung der Dinge in Deutschland auch nicht daran denken, daß er schon bald Gesetz wird, selbst wenn er im Reichstag glücklicherweise durchdringt, so darf das doch nicht von einer immer erneuten Propaganda für den gerechten und wichtigen Grundgedanken der Verhältniswahl abdrängen. Die Hoffnung auf die Durchsetzung von entscheidenden und tiefgehenden Reformen in Deutschland steht und fällt mit der Möglichkeit einer demokratischen Weiterbildung der Wahlrechte.

Darin steht auf der andern Seite auch die preussische Reaktion ganz klar und es kann deshalb nicht Wunder nehmen, daß der in Preußen eigens zu dem Zwecke der Wahlreformvorbereitung angestellte Reaktionsminister v. D a l l w i t z feierlich erklärte, das schändliche und bis zur Unschuldigkeit ungerichtetes Dreiklassenwahlrecht sei so etwas wie die unerschütterliche Grundfrage der Kultur, diese und werde also unter keinen Umständen geändert werden. Es genügt dieser Wortfülle der Junkerclique wenig, daß der preussische König sein Rammeswort für die Veränderung des Dreiklassenwahlrechts eingesetzt und bis heute nicht widerrufen hat. Will er durch sein brisantes Auftreten etwa zeigen, daß die Kuhnheuer der heutigen Zustände sogar dem Könige von Preußen verbieten zu können glauben, sein verpöbliches Ehrenwort einzulösen? Diese Frage zu beantworten überlassen wir denen, die sich — in Worten — mit der Vererbung des Monarchen nicht genug tun können, in ihren Taten bisher regelmäßig aber seine schärfsten Pläne verriet haben; siehe zum Beispiel das große Kulturwerk des Mittelstandes oder die Abwehr des Brotwunders oder die Reform des preussischen Wahlrechts.

Der Reichskanzler verfuhr sich immer von neuem in der Rolle des Kattenjägers und blüht den bürgerlichen Parteien die Samlungssätze mit einer Ausdauer, die einer besseren Sache würdig wäre. Man muß anerkennen, daß er bei der Beratung der Gesetzes- und Dekretsvorlagen seine Darlegungen durchaus in den Grenzen anständiger Polemik zu halten verstanden hat. Anders als etwa Bälow in ähnlichen Situationen hat er darauf verzichtet, einen Satz schäblicher Reichsverbandszitate über die Sozialdemokratie auszusprechen und das Bürgertum mit patriotischen Redensarten tollwütig zu machen; er muß sich wohl auch selbst sagen, daß er vielleicht seinen berühmten Wehrbeitrag doch nicht ohne die trübsame Hilfe der Sozialdemokratie durchzubringen vermag. Einen Rückfall in die alten schlechten Gewohnheiten erleben wir indessen doch wieder bei der Beratung des Etats der Reichskanzlei, wobei Beherrschungsweg zu einem Vorstoß gegen die „Gott- und Vaterlandslöser“ ausholte. Leute, die die Verhältnisse bei uns sehr gut kennen, wollen daraus den sicheren Schluß ziehen, daß die Hofleute die

ankündigte Kampfmethode bei den erwähnten Heeresbehalten schon wieder einmal zu einer handfesten Denunziation beim Kaiser gebraucht habe, der er auf diese Weise die Spitze abbrechen müsse. Das entzieht sich unserer Nachprüfung. Aber soviel steht jedenfalls fest, daß die höchste Kautionskammer bei uns manches betreibt und manches erklärt, was sonst unerklärlich wäre.

Die Abrechnung der Lokalfassen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1912

Bilanziert mit 10557696,50 M. Die Einnahmen waren: Bestand am 31. Dezember 1912: 3868823,89 M., Anteil aus den Beiträgen der Hauptfassen 2989573,51 M., Einnahmestück: der erwachsenen männlichen Mitglieder 2201475,85 M., der weiblichen und jugendlichen Mitglieder 98492,51 M., sonstige Einnahmen 810920,27 M., von der Hauptfasse überwiesen 590910,87 M.

Die Ausgaben betrugen 5424055,25 M., so daß am 31. Dezember 1912 ein Bestand von 5138641,25 M. verblieb.

Die folgende Tabelle zeigt die Ausgaben für Unterfütungen aus der Hauptfasse und den Lokalfassen und das Gesamtvermögen des Verbandes.

Unterstützungszweig	Hauptfasse	Lokalfassen	Zusammen
Reisegeld	344245,70	40189,88	384435,58
Umgangskosten	140890,79	4457,44	145348,23
Erwerbslosenunterstützung:			
a) Krankheit	3435105,89	25580,68	3460686,57
b) Arbeitslosigkeit	1690529,51	78267,06	1768796,57
Streikunterstützung	2342256,86	1045353,86	3387610,72
Unterstütz. weg. Wapfregelg.	177293,88	41785,96	219079,84
Unterstützung in Notfällen	70871,45	53610,94	124482,39
Sterbegeld	127244,40	116552,99	243797,39
Nachschuß	62521,01	—	62521,01
Gesamtunterstützung	8890899,29	1406748,76	9796648,05
Vermögen	11970879,04	5138641,25	18509520,29
Vermögenszunahme	5009959,48	1266317,56	6276276,99

Gewerbegerichtliches.

Streikvermerk im Zeugnis. In Nr. 48 vom vorigen Jahre (Seite 385) berichteten wir von einem Urteil des Gewerbegerichts in Burgzen (Sachsen), das einen Stenographer abgeurteilt hatte, weil er die Ausstellung eines arbeitszeugnisses verlangt hatte. Der Unternehmer hatte ihm nämlich die Bemerkung hineingeschrieben: „... wo er mit dem größten Teil meiner Arbeiterschaft in den Streik getreten ist“. Da der Wert des Streitgegenstandes nach dem Antrag der Parteien auf 150 M. festgesetzt worden war, war die Sache berufsungsfähig. Auf Berufung des Klägers wurde darüber vor der sechsten Zivilkammer des Königl. Landgerichts zu Leipzig verhandelt. Vertreter des Klägers S. waren die Rechtsanwältin Frau und Dr. Güllert, Vertreter des Beklagten Justizrat Dr. Fränkel und Dr. Kriebel in Leipzig. Das am 1. März verkündete Urteil (WZG 449/12) liegt uns im Wortlaut vor. Danach wurde das Urteil des Gewerbegerichts vom 26. Oktober 1912 aufgehoben und der Beklagte verurteilt, dem Kläger ein Zeugnis auszustellen, das der früheren Bescheinigung gleichlautend sei, den erwähnten Nachsatz jedoch nicht enthält. Aus der Begründung ist folgendes hervorzuheben:

Die beanstandeten Worte des Zeugnisses sind vom Beklagten als Urteil über die Führung des Klägers gedacht, wie sich klar daraus ergibt, daß sie in dem Entlassungsbescheide (A), der nur über Art und Dauer der Beschäftigung des Klägers Auskunft gibt, nicht enthalten sind, sondern erst in der Bescheinigung (B), welche auf besondere Verlangen des Klägers auch über seine Führung Auskunft geben sollte, Aufnahme gefunden haben. Sie enthalten auch objektiv ein Urteil über die Führung des Klägers... und zwar offenbar im Sinne einer Entwertung des sonst über die Führung des Klägers im allgemeinen gefällten Werturteils („mit seiner Führung war ich zufrieden“), im Sinne eines Lobes.

Nun soll grundsätzlich nicht in Zweifel gezogen werden, daß ein solcher Lobes auch neben dem allgemeinen Werturteil über die Führung des Arbeiters in der Form der Hervorhebung einer einzelnen Tatsache, sofern sie die Führung betrifft, ausgedrückt werden kann, wenn das in der Bescheinigung, daß diese nicht derartig in den Vordergrund gerückt wird, daß sie das Werturteil verdrängt und damit objektiv unwirksam macht.

Nicht in Zweifel gezogen werden soll ferner, daß der Grund, aus dem ein Arbeiter das Arbeitsverhältnis verläßt, unter Umständen auf seine Führung... einen Einfluß... ausübt, und daß die Motive und die Art und Weise des Abbruchs des Dienstes unter Umständen auf die objektive Beurteilung der Führung von wesentlichen Einflüssen sein können.

Damit ist aber nicht gesagt, daß unter allen Umständen ein Arbeiter, der aus Anlaß eines allgemeinen Streiks der Arbeiterschaft auch nur eines bestimmten Betriebes sich dem Streik anschließt und aus diesem Anlaß das Arbeitsverhältnis rechtlich einwandfrei löst, dadurch ein moralisches Versehen an den Tag legt, das vom objektiven Standpunkte aus verwerflich wäre und einen Lobes verdient, daß also die Beurteilung am Streik an sich und der dadurch herbeigeführte Austritt des Arbeiters über die Führung des Arbeiters notwendig ungünstig beeinflussen muß.

Auch in diesem Falle tritt auf das Motiv des des Arbeitsverhältnisses beendenden Streiks und des Motiv der Beteiligung des betreffenden Arbeiters daran, sowie auf die Art und Weise seiner Beteiligung (Beteiligung, Agitation, Durchführen) zurückzugehen und danach zu beurteilen sein, ob Momente hervortreten, die vom moralischen Standpunkte aus verwerflich sind und deshalb ein objektives Urteil über die Führung des betreffenden Arbeiters rechtfertigen. Solche Momente sind aber im vorliegenden Falle nicht vorhanden. Der Streik der Arbeiterschaft des Beklagten ist von der Organisation der Metallarbeiter, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, in die Wege geleitet worden, nicht von der Arbeiterschaft des Beklagten als solcher oder von einzelnen seiner Arbeiter. Daß er einen anderen Zweck gehabt habe, als ein Streik gewerkschaftlich zu haben, liegt, aus den geschilderten Umständen, der Erwähnung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen, daß er insbesondere den Zweck gehabt habe, den Betrieb des Beklagten zu schließen oder ihn sonstige Nachteile zuzufügen, ist nicht herabzudecken, kann ferner ein jeder ausnahmslos in Abrede gestellt werden. Daß der Streik dem Betriebe des Beklagten Schaden und Verluste gebracht hat und noch bringen kann, ist eine mit jedem Streik unabweisbar verbundene Folge. Daß im vorliegenden Falle ein von den Arbeitern dementsprechend, außergewöhnlicher Schaden entstanden ist, ist nicht zuzugestehen, ebensowenig, daß die Forderung des Metallarbeiter-Verbandes gegenüber dem Arbeitgeber des Beklagten eine unannehmliche und der Streik deshalb selbst eine scharfe Strafe gewesen sei.

Daß der Kläger, der übrigens ein jugendlicher Mensch von 8 Jahren ist, beim Streik eine besondere Rolle im Sinne der obigen Darlegung gespielt habe, hat der Beklagte nicht behauptet. Er hat sich vielmehr als Angehöriger der Arbeiterschaft aus Solidarität dem vom Verbande geleiteten Streik angeschlossen und wohl auch annehmen lassen, daß er damit nicht die Absicht gehabt habe, dem Betrieb des Beklagten Nachteile zu zufügen. Ein besonderes Versehen des Klägers gegenüber seinem Arbeitgeber, welches ihn hätte bestrafen müssen, ist daher nicht anzunehmen, selbst nicht, wenn der Kläger nur im ganzen nur wenig länger als vier Monate beim Beklagten als Dreher beschäftigt gewesen. Es ist also kein Grund vorhanden, weshalb der Streik selbst eine scharfe Strafe gewesen sei.

Daß der Kläger, der übrigens ein jugendlicher Mensch von 8 Jahren ist, beim Streik eine besondere Rolle im Sinne der obigen Darlegung gespielt habe, hat der Beklagte nicht behauptet. Er hat sich vielmehr als Angehöriger der Arbeiterschaft aus Solidarität dem vom Verbande geleiteten Streik angeschlossen und wohl auch annehmen lassen, daß er damit nicht die Absicht gehabt habe, dem Betrieb des Beklagten Nachteile zu zufügen. Ein besonderes Versehen des Klägers gegenüber seinem Arbeitgeber, welches ihn hätte bestrafen müssen, ist daher nicht anzunehmen, selbst nicht, wenn der Kläger nur im ganzen nur wenig länger als vier Monate beim Beklagten als Dreher beschäftigt gewesen. Es ist also kein Grund vorhanden, weshalb der Streik selbst eine scharfe Strafe gewesen sei.

der in der Bescheinigung (B) vom 5. Oktober in der Form der Aufnahme des Grundes des Ausscheidens zum Ausdruck gebracht worden ist. Das Zeugnis über die Führung ist somit objektiv unwirksam. Deshalb hat nach § 113 der Gewerbeordnung der Beklagte dem Kläger ein Zeugnis ohne jenen Nachsatz auszustellen. Da er im übrigen zur Ausstellung des der Bescheinigung (B) vom 5. Oktober 1912 gleichlautenden Zeugnisses auch jetzt noch bereit ist, der Kläger seine Forderung aber ein weitergehendes Zeugnis (mit Bezug auf seine Leistungen) nicht mehr fordert, war zu erkennen, wie gesehen.

Aus den Unternehmerverbänden.

Bereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Am 5. April erfolgte die Verschmelzung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände mit der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände. Als provisorischer Vorsitzender fungiert Fabrikbesitzer Garbens (Gannover), der bisherige Vorsitzende des Vereins; die Geschäftsführung wurde dem bisherigen Geschäftsführer der Hauptstelle, Dr. Langler (Berlin), übertragen. Nach Angaben in Nr. 15 der Arbeitgeber-Zeitung soll die neue Organisation ungefähr 60 000 Unternehmer umfassen. Die gesamte Schachtmacherpresse begrüßt den Zusammenschluß und feiert die neue Organisation als ein besonders kräftiges Machtmittel, um den Organisationen der Arbeiterschaft entgegenzutreten zu können. Es ist natürlich nicht zu verkennen, daß diese Verschmelzung eine Stärkung der Position des Unternehmertums bedeutet. Man soll sie indessen auch nicht überschätzen. Mögen die verschiedenen Unternehmerverbände auch gelegentlich einige Fäden untereinander haben — so sind sie in dem Bestreben nach Unterdrückung der Arbeiterschaft schon von jeher eintig gewesen. Die einzige Lehre, die die organisierte Arbeiterschaft aus dieser Verschmelzung ziehen muß, ist die, daß sie Ursache hat, den von ihrer übermächtigen Mehrheit eingeschlagenen Weg energisch weiter zu verfolgen. Dann werden ihr die stärksten Unternehmerverbände nicht schaden können.

Ausführlicher Terror in Bayern.

Seit etwa fünf Vierteljahrhundert besteht in Bayern eine Regierung, die fast aus lauter Zentrumsleuten besteht. Obgleich viele von deren Maßnahmen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb Bayerns teils Entrüstung, teils Spott hervorriefen, haben wir uns nicht veranlaßt gesehen, uns an dieser Stelle mit ihr zu beschäftigen. Neuerdings ist aber etwas von ihr an die Öffentlichkeit gekommen, was auch die Gewerkschaften, und besonders unsere interessiert und was man bisher noch nicht für möglich gehalten hatte, was auch ungläublich erscheinen würde, wenn es nicht in dem Organ dieser Regierung, der Bayerischen Staats-Zeitung, angekündigt worden wäre. Dieses Blatt brachte einen Artikel mit der Überschrift: Die Frage der gemeinsamen Arbeitseinstellung im Bereiche der staatlichen Verkehrsverwaltung. Darin heißt es:

„Von dem Personal der Verkehrsverwaltung muß im staatlichen und dienstlichen Interesse der unbedingte Verzicht auf gemeinsame Einstellung der Arbeit oder des Dienstes (Streik) gefordert werden. Das Personal darf Vereinigungen nicht angehören, deren Verhalten nicht genügende Sicherheit dafür bietet, daß sie von dem Mittel einer solchen Einstellung der Arbeit oder des Dienstes im Bereiche der Verkehrsverwaltung keinen Gebrauch machen werden.“

Weiter wird gesagt:

„Nach den Vollzugsbestimmungen hierzu haben die Arbeiter bei der Aufnahme in den Dienst durch Unter schrift zu bestätigen, daß dieser Vorbehalt Kenntnis erhalten zu haben und verständigt worden zu sein, daß zu den Vereinigungen im Sinne dieser Vorschrift jetzt insbesondere die freien Gewerkschaften der Metall- und Transportarbeiter, sowie der Verbände des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals zählen, ferner daß die Verwaltung bei Zutrittsbehandlung gegen die Vorschrift die Lösung des Arbeits- oder Dienstverhältnisses in das Auge fassen muß.“

Diese Vorschrift besteht sich zunächst auf die neu zugehenden Arbeiter.

Wer weiß, wie bald die Vorschrift auch auf das bereits angestellte Personal ausgedehnt wird! Durch eine einfache ministerielle Verfügung wird hunderttausende Arbeiter ungeniert das Koalitionsrecht gerammt. Oder sollte ein Stuhl besterter Koalitionszwangs dahinter verborgen sein, indem man den Zentrumsgewerkschaften auf diese Weise die Bahn freimachen will? Die Münchener Post leiht ihre Nachhilfe zum diesem Schachzug des ultramontanen Ministeriums in ihrer Nr. 87 vom 15. April mit folgenden, sehr zutreffenden Ausführungen ein:

„Nach der Ernennung Schupmayers durch den Bruder des Nationalen Abgeordneten Kunzschall erklärte die bayerische Zentrumspresse den rumpeligen Reichsminister für bezweifelhaft, da der Wähler durch die Sozialdemokraten aus jeder Arbeitsstelle verdrängt worden wäre. Diese Behauptung erwies sich schnell als Lüge; obwohl es sich bei dem Wähler um einen gemeinen Denunzianten gehandelt hat, der ankündigte Arbeiter ins Gefängnis brachte, so hätte doch Kunzschall überall ruhig arbeiten können, wenn er hätte arbeiten wollen. Gleichwohl hielt die Zentrumspresse, als Strafe für eine angeblich beschränkte Arbeitswilligkeit den abscheulichen, an einem völlig ungläubigen heulenden Reichsminister für menschlich entschuldigbar.“

Was den österreichischen Parteigenossen hinsichtlich nachgesagt worden ist und was auch, wenn es wahr gewesen wäre, nur als Notwehr gegen einen erfolglos Schilling der Arbeiterschaft hätte gelten müssen, das erweist sich als bayerische Ministerium der ewigen Wahrheiten zum höchsten Staatsgrundgesetz: niemand darf in bayerischen Staatsbetrieben arbeiten, der sich nicht freiwillig verpflichtet, die Einteilung der anwesend regierenden Minister zu beugen und zu betätigen. Durch die Staatsgewalt sollen erpreßter Staatsbürger gezwungen werden, das Naturrecht ihrer Ueberzeugung und die ihnen gesetzlich gewährleisteten Freiheiten zu opfern, andernfalls sie auf die Straße gejagt werden.“

Noch mehr Streikverweigerung nötig?

Unter dieser Überschrift berichteten wir in Nr. 51 vom vorigen Jahre (Seite 411) unter anderem über ein von der Raunheimer Strafkammer gefälltes Schöffensurteil über sechs Arbeiter, die beschuldigt waren, gewerkschaftliche Streikverweigerung zu haben. Einer von diesen wurde bei dieser Gelegenheit durch Weisung verurteilt. Wenn es auch nicht zu billigen ist, daß so etwas geschieht und bestraft, der einer solchen Tat überführt wird, auch nicht zu bedauern ist, wenn ihm die Strafe ergeht, so fanden die verhängten Urteile doch in wachsender empfindlicher Verhältnisse zu den Straftaten, zumal, wenn man bedenkt, wie unbegreiflich milde Urteile bei anderen Gelegenheiten gefällt werden. Die Revision beim Reichsgericht hatte den Grund, daß das Urteil aufgehoben und an die erste Strafkammer zurückverwiesen wurde. Am 16. April wurde die Sache neu verhandelt. Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß der Verurteilte August Heibel, der bei der ersten Verhandlung 5 Jahre und 2 Monate Gefängnis erhalten hatte, wurde gleichwohl freigesprochen und erhielt nur wegen Verweigerung gegen § 113 der Gewerbeordnung drei Monate Gefängnis, die durch die Unterwerfungsbekanntmachung sind. Weiter waren bei der ersten Verhandlung die Angeklagten Sattler, Weber und Mehl ebenfalls zu je 5 Jahren und 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Diese Strafen wurden auf 3 Jahre 11 Monate, 3 Jahre 8 Monate und 4 Jahre ermäßigt. Die Angeklagten Schlipf und Spitzberger hatten wegen Begünstigung auf je drei Monate Gefängnis erwischt und diese durch die Unterwerfungsbekanntmachung herabgesetzt. Dem ergriffenen wurde die Strafe um einen Monat vermindert; Epitzberger erhielt jedoch die gleiche

Strafe wieder und doch war er an der Sache ganz und gar nicht beteiligt. Sein ganzes Vergehen bestand lediglich darin, daß er fürchte, mit hineingezogen zu werden und an einer Stelle Pfeffer streute, um Volkshunde von seiner Spur abzulenken. Diese übertriebene Vorsicht muß er nach Ansicht des Gerichts mit drei Monaten Gefängnis büßen. — Auch in dieser gemilderten Form dreht das Urteil nichts anderes als was es schon vordem war: ein Ausfluß von Klassenjustiz.

Der dritte Zivilsenat des Oberlandesgerichts in Raumburg a. S. hat in einer für die deutschen Gewerkschaften ungemein wichtigen Entscheidung den Schadenersatzanspruch eines Arbeitswilligen gegen drei organisierte Arbeiter, darunter zwei Vorstandsmitglieder des Brauerer- und Mühlenarbeiterverbandes in Erfurt, als berechtigt anerkannt, weil die Beklagten es verschuldet haben sollen, daß der Kläger Otto Klaus im Jahre 1911 aus der Malzfabrik von Eisenberg in Erfurt entlassen worden ist und bisher in seinem Beruf keine Arbeit gefunden hat. Die Klage gegen den Brauerer- und Mühlenarbeiterverband wurde abgewiesen, weil dieser kein rechtsfähiger Verein sei.

Im Januar 1911 hatten die Arbeiter der Malzfabrik von Eisenberg in Erfurt infolge Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. Unter den für die Firma tätigen Arbeitswilligen befand sich auch der Brauer Otto Klaus. Nach Wiederaufnahme der Arbeit entstanden Reibereien zwischen den organisierten Arbeitern und den Arbeitswilligen. Klaus hat hierbei gerade nicht die Rolle eines Unschuldslammes gespielt, denn nach den Aussagen eines Zeugen hat er einmal einem organisierten Arbeiter mit einer Bierflasche in die Kniekehle geschlagen, daß der Mann zusammenbrach. Ein anderer Zeuge befandte unter seinem Eid, daß Klaus einen seiner Mitarbeiter Kaufmann und schwindsüchtiger Hund geschimpft habe. Ferner habe er seinem Haß gegen die organisierten Kollegen mit den Worten: „Die Roten müssen hinaus!“ Luft gemacht. In der oberlandesgerichtlichen Entscheidung wird das Verhalten dieses Arbeitswilligen, besonders das Schlagen mit der Bierflasche, als harmlos bezeichnet, denn das sei eine Ungehörigkeit durch den Kläger von der Art gewesen, wie sie unter Mitarbeitern häufig vorkomme. Dagegen wird der Umstand, daß Klaus eines Tages einen Knüttel fand, woran ein Zettel befestigt war, der die Aufschrift trug: „Mit diesem Knüttel wirst du hinausgehauen“, als ein wichtiger Beweis für den angeblichen Terrorismus der Beklagten angesehen. Diese sollen nun dadurch die Entlassung des Klaus verschuldet haben, daß die Fabrikhaber nach ihren Zeugnisaussagen bestraft haben, es könne zur erneuten Arbeitseinstellung kommen, weil ihnen von dem Malzmeister und einem Obermälzer die Mitteilung gemacht wurde, daß die Leute große Abneigung bekämen, mit Klaus zusammenzuarbeiten. Auch war im Laufe einer Unterhandlung, die die drei Beklagten Ortsverwaltungsmitglieder des Brauerer- und Mühlenarbeiterverbandes mit den Fabrikanten hatten, die Rede auf Klaus gekommen und dabei soll die Bemerkung gefallen sein, wie es mit der Entlassung des Klaus stünde. Ganz abgesehen davon, daß diese Äußerung von den Beklagten bestritten wurde, erscheint es auch recht sonderbar, daß sich Großkapitalisten durch eine nebensächliche Äußerung aus Arbeitermunde so ins Wackelhorn laden lassen, daß sie sofort dem angeblichen Wunsch auf Entlassung eines Arbeitswilligen entsprechen.

Recht charakteristisch für die Denkungsart des Arbeitswilligen Klaus ist die Begründung seiner Klage. Er verlangt eine einmalige Entschädigung von 1152,64 M. und eine vierteljährlich vor auszuzahlende Rente von 488,40 M. jährlich. Der Mann fordert sogar die teilweise Ersetzung des Lohnausfalls während einer Krankheit, denn, so behauptet er in der Klageschrift, nach seiner Entlassung habe er sich wegen seiner körperlichen Leiden in ärztliche Behandlung begeben. Er wurde vom April 19 Tage als erwerbsunfähig krank behandelt. Da er für den Tag 2 M. Krankengeld erhielt, sein früherer Lohn aber mindestens 30 M. betrug, so verlangte er die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn ersetzt. In der Klageschrift heißt es nämlich wörtlich: „Wäre der Kläger in Stellung gewesen, so hätte er nur ärztliche Behandlung angenommen und weitergearbeitet. Da er aber ohne Arbeit war, so machte er von seinem Recht Gebrauch und meldete sich als krank.“ Es gibt Leute, die eine solche Handlungsweise als Simulation bezeichnen. Schon möglich, daß Arbeitswillige auch nach dieser Richtung hin Vorrechte für sich in Anspruch nehmen dürfen.

Das Oberlandesgericht hat den Schadenersatzanspruch des Klaus im Prinzip für berechtigt erklärt. Die Höhe der Summe soll von der ersten Instanz, dem Erfurter Landgericht, festgesetzt werden. In der Begründung des Urteils wird betont, daß sich die Beklagten einen Verstoß gegen die guten Sitten im Sinne des § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches zuschulden kommen ließen, als sie auf die Fabrikbesitzer einen Druck ausübten. Es heißt dann in der Entscheidung weiter: „Mögen auch die Fabrikbesitzer aus Furcht vor Betriebsstörungen dem Drucke zu rasch nachgegeben haben und wäre es auch im Falle der Nichtentlassung nicht zu dem befürchteten Auslande gekommen, so liegt es doch auf der Hand, daß die Entlassung nicht dem freien Willen der Fabrikanten entsprang.“ In der Erwiderung darüber, daß Kläger den Streik mitgemacht habe, hätten die Beklagten „in sittenwidriger Weise die freie wirtschaftliche Betätigung des Klägers, sowie der Fabrikanten gehemmt“.

Gewerksame Förderung der gelben Organisationen.

Das Annahmehin der gelben Organisationen will offenbar nicht so schnell vordrücken geben, wie die Unternehmer und ihre übrigen Macher es wünschen. Man verfährt daher auf neue Tricks, um die für nötig erachtete Zahl von gelben Zwangsmitgliedern zu erhalten. So wird es auch im Betrieb Brunnenstraße, Volkstraße der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft zu Berlin gemacht. Es werden dort jetzt einiger Zeit nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen eingestellt, die sich verpflichten, Mitglieder des gelben Unterstützungsvereins zu werden und erklären, daß sie in keiner anderen Organisation Mitglied sind. Darauf wurde in einer Versammlung der Arbeiterausschuß beauftragt, sich an die Direktion zu wenden, um eine Aenderung dieser Anordnung herbeizuführen. Diesem erklärte der Direktor Elbes, er wolle eine Mischung der Organisationen vornehmen. Danach sollten neben fortorganisierten Arbeitern auch Mitglieder des Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereins und der gelben Werkvereine beschäftigt werden. Alle Richtungen sollten ungefähr zu gleichen Teilen vertreten sein. Darum sollten an bestimmten Tagen nur fortorganisierte Arbeiter eingestellt werden, an anderen Tagen dagegen nur Gewerbevereiner oder nur solche, die sich verpflichten, dem gelben Unterstützungsverein beizutreten. Es weiß aber niemand, an welchen Tagen die einzelnen Gruppen eingestellt werden sollen; es ist also auch niemand in der Lage, sich danach zu richten. Aus diesem Grunde haben der Deutsche Metallarbeiter-Verband, der Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (G.-D.), der Verband der Kupferarbeiter, der Zentralverband der Maschinisten, Geiger und Berufsangehörigen Deutschlands, der Deutsche Holzarbeiter-Verband, der Deutsche Transportarbeiter-Verband, der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, der Zentralverband der Handlungshelferinnen und der Verband der Maler und Lackierer eine gemeinsame Erklärung erlassen, deren Schluß folgendermaßen lautet:

„Die Vertreter der unterzeichneten Organisationen haben in einer Konferenz angefaßt dieser Situation sich dahin verständigt, alle in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen davor zu warnen, in der U. G. S., Brunnenstraße, Volkstraße, um Arbeit nachzufragen. Die unterzeichneten Organisationen sind der Auffassung, daß es keinen Arbeitgeber, und damit auch nicht die Direktion der U. G. S., Brunnenstraße, Volkstraße, etwas angeht, ob und wo die Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind.“

Da die Direktion der A. G. durch Herrn Direktor Elfe...

Der „Christliche“ Metallarbeiterverband
veröffentlicht in Nr. 15 des Deutschen Metallarbeiter
die Jahresabrechnung für 1912.

Unter dieser recht „christlich“ anmutenden Schirmhülle...

Die Ursachen dieser Erscheinung können natürlich nicht in
besonders abnormen Wirtschaftsverhältnissen gesucht werden...

Darüber schimpft nun das „Christliche“ Blatt. Anstatt zu
schimpfen, hätte es aber besser getan, die in unserer Frage zum
Ausdruck gebrachte Verarmung zu widerlegen...

Daß bei der verführten „Widerlegung“ unserer Feststellungen die
Sachkenntnis des „Christlichen“ Blattes im ungefähren Verhältnis
zum Schimpfen steht, geht schon daraus hervor...

Table with 5 columns: Month, 1910/1911, 1911/1912, 1912/1913. Title: Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Table with 5 columns: Month, 1910/1911, 1911/1912, 1912/1913. Title: Gewerksverein der Maschinenbauer.

Table with 5 columns: Month, 1910/1911, 1911/1912, 1912/1913. Title: Zentrums-Metallarbeiterverband.

Das Zentrums-Metallarbeiterblatt wird uns nun — bei seiner
bekanntem Wahrheitsliebe kann es gar nicht anders — gewiß nach-
weisen, von welchen anderen Orten als München die hohen Ar-
beitslosenzahlen in den Monaten Dezember, Januar und Februar
herrühren.

Dann glaubt das Blatt noch einen Haupttreffer ausfinden zu
können, indem es eine verunglückte Statistik über das Alter und die
Dauer der Mitgliedschaft in unserer Düsseldorf-Verwaltungsgeselle
auch dazu benutzen möchte, den Hinweis auf die auffallende Steige-
rung der Arbeitslosenzahl des Zentrums-Metallarbeiterverbandes im
Dezember 1912 zu entkräften.

„Eine blinde Gasse findet bekanntlich auch mal ein Korn. Die
blinde Gasse war in diesem Falle der Tagelohn-Artikelschreiber des
Christlichen Metallarbeiterverbandes. Der deutsche Metallarbeiter-
Verband veröffentlicht jährlich eine Statistik über das Lebensalter
und die Dauer der Mitgliedschaft seiner Mitglieder.

Vom Ausland.

Österreich.

Die Lohnbewegungen in der österreichischen Eisen-,
Metall- und Maschinenindustrie nehmen, soweit man bis jetzt das
Kampffeld überschauen kann, einen für die Arbeiter durchaus be-
friedigenden Verlauf.

Die Lohnbewegungen in der österreichischen Eisen-,
Metall- und Maschinenindustrie nehmen, soweit man bis jetzt das
Kampffeld überschauen kann, einen für die Arbeiter durchaus be-
friedigenden Verlauf.

Durch diesen neuen Vertrag wird den Spenglern die wochen-
tliche Arbeitszeit um eine halbe Stunde verkürzt, bei voller 54stün-
diger Bezahlung.

In anderen Gewerben sind die Verhandlungen noch im Zuge.
Besonders schwierig gestalten sie sich mit der Gewerkschaft der
Wiener Gas- und Wasserleitungsinfallateure.

Schwierigkeiten machen auch die Vertragsverhandlungen in der
Wiener Metall- und Maschinenindustrie, obwohl für diese — wie wir gemeldet haben — ein Kollektivvertrag bereits
abgeschlossen ist.

Die Konzentration der Betriebe macht auch in
der österreichischen Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie rasche
Fortschritte. Vor kurzem wurde gemeldet, daß der Generaldirektor
der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, Wilhelm Kestranek, zum
Präsidenten des Verwaltungsrates der
Alpinen Montangesellschaft gewählt wurde.

Auf Anregung des Wiener Bürgermeisters wurde kürzlich in
Wien eine Handelspolitische Kommission geschaffen, die sich mit den
Vorbereitungen für die Erneuerung des Handelsvertrages im Jahre
1917 befaßt.

Schweiz.

Die geplante gelbe Blase. Die schweizerischen Kapitalisten haben
mit ihren gelben Handlangern und Arbeiterverführern einsehen
müssen, daß die Vorarbeiten für die Erneuerung des Handelsvertrages
im Jahre 1917 befristet sind.

Diese interessante, wenn auch gar nichts Neues offenbarende
Feststellung gilt für Deutschland und das übrige Ausland genau so
wie für die Schweiz, die Kapitalisten sind überall die schlimmsten,
gewalttätigsten und unüberlehrtesten Terroristen.

Der so arg enttäuschte Sgell-Fröhlich stellt sich sodann selbst als
ein großer Konfusionsrat dar. Er ist Gegner von Marx und der
Verstaatlichung der Produktionsmittel, aber er ist gleichzeitig der
Uebersetzung, daß nur der Sozialismus die unerträglichsten Fesseln
der Arbeiterkraft sprengen kann.

Die Verstaatlichung Sgell-Fröhlichs nach Abschluß der langen
Generalkonferenzen im Großen Stadtrat mit den perfiden Scharf-
macherbeschäftigten und am Vorabend der bedeutungsvollen städtischen
Wahlen wird wie eine Bombe, die für die Gegner eine verlorenne
Schlacht bedeutet.

Ungarn.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Sehr oft liest man in unseren
Zeits- und Fachzeitschriften, daß Rechenmaschinen-Monteur und
Fotomechaniker nach Kassa in Oberungarn von der Firma „Pro-
cena“, A. G., gesucht werden.

